

Die Hochschule
für Angewandte Wissenschaften
und ihre Vorläufer von 1945 bis heute –
ein Überblick

SIGRID SCHAMBACH

DIE HOCHSCHULE FÜR ANGEWANDTE WISSENSCHAFTEN UND IHRE VORLÄUFER VON 1945 BIS HEUTE – EIN ÜBERBLICK²

TEIL 1: DIE VORGÄNGER

Tiefe Wurzeln
Materieller Wiederaufbau
Geistige Neuorientierung
Die Ingenieurschulen zwischen Fach- und Hochschulen
Die Studierenden
Die bildungspolitische Diskussion der 60er Jahre
Auf dem Weg zur Fachhochschule

TEIL 2: VON DER FACHHOCHSCHULE ZUR HOCHSCHULE FÜR ANGEWANDTE WISSENSCHAFTEN

Aufbruch und Abschwung in den 70er Jahren
Kooperation oder Konkurrenz? Die Fachhochschule in Hamburgs Hochschullandschaft
Die Fachhochschule von innen betrachtet oder: lehren, arbeiten und studieren
Praxisnahe Ausbildung
Forschung an der Fachhochschule
Gewinne und Verluste
Neue Weichenstellungen
Zusammenfassung

¹ Zitat S. 28: Heinrich Landahl (1895–1971, SPD, Schulsenator der Freien und Hansestadt Hamburg von 1945–1953 und 1957–1961), zitiert nach Schule und Universität, Vorwort S. 5. Zu Landahl vgl. Gabrielsson, Bürgermeister, S. 45

² Für vielfältige Anregungen und Hinweise danke ich Prof. Dr. Rolf Dalheimer. Danken möchte ich außerdem Marlen Witt-Maganjo, Wiebke Behrens und Verena Hecke für ihre Hilfe bei der Recherche.

TEIL 1: DIE VORLÄUFER

Die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg) ist wie ein Haus mit vielen Stockwerken. Unter ihrem Dach beherbergt sie verschiedene, früher selbständige Schulen und Institute, die mit der Gründung der Fachhochschule Hamburg im Jahr 1970 ihr Eigenleben aufgaben und seitdem ihr Fundament bilden.

Diese Geschichte beginnt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und reicht bis zum Beginn der Amtsperiode des jetzigen Präsidenten. Sie verfolgt den Weg der Vorgänger-Einrichtungen und der Fachhochschule und begleitet noch die ersten Schritte der HAW Hamburg. Um der besseren Lesbarkeit willen, aber auch aus Platzgründen, muss sie sich auf einen Überblick beschränken. Viele Themen konnten nur angeschnitten werden, sie verdienen aber zweifellos eine eigene, tiefer gehende Bearbeitung. Einige Hinweise auf die lange und reiche Tradition der HAW Hamburg sollen die Geschichte eröffnen.

Tiefe Wurzeln

Das Fundament der HAW Hamburg bildet zum großen Teil das breit angelegte Ingenieurschulwesen, dessen Geschichte mehr als 200 Jahre zurückreicht. Sie begann mit der Patriotischen Gesellschaft von 1765, einem privaten, gemeinnützig denkenden Kreis von Angehörigen des Hamburger Bürgertums.³ Die Patriotische Gesellschaft glaubte, dass die Qualität und die Wettbewerbsfähigkeit des hiesigen Handwerks dringend verbessert werden müssten. Daher richtete sie schon seit 1767 private Kurse für angehende Handwerker ein, die sogenannte Bauzeichenschule. Besonders ihr Mitglied Ernst Georg Sonnin (1713–1794), der Erbauer der St. Michaelis-Kirche, engagierte sich für diese Schule und unterrichtete selbst die Bauhandwerker an der Michaeliskirche in Mathematik. Aus diesen privaten Anfängen entwickelte sich nach vielen Zwischenschritten 1865 die staatliche Schule für Baubeflissene (als Fortführung der Schule für Bauhandwerker) und die Allgemeine Gewerbeschule für andere gewerbliche Berufe, z. B. den Möbelbau.

³ Vgl. Schambach, Gegenwart, S. 34

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts kamen Ausbildungszweige hinzu, die der Industriegesellschaft und ihrer gewachsenen Mobilität Rechnung trugen: Maschinenbau, Schiffbau, Schiffsmaschinenbau, Wagenbau, Elektrotechnik hießen nun die neuen Fächer. Sie wurden seit 1893 als Kurse an der Allgemeinen Gewerbeschule angeboten. Die Nachfrage war so groß, dass 1905 eine neue technische Fachschule, das Technikum, gebaut wurde.⁴

Weit zurück reichen außerdem die Traditionslinien des Fachbereichs Seefahrt, der bis 1996 Teil der Fachhochschule war. Bereits 1749 wurde von der Stadt Hamburg eine so genannte Navigationsschule eingerichtet, um die Kenntnisse der Steuerleute in der Navigation zu verbessern.⁵

Zu den technisch ausgerichteten Vorläufern gehörten zahlreiche Labore, von denen viele schon in den 20er Jahren gegründet worden waren. Damals folgte man dem Pädagogen Georg Kerschensteiner (1854–1932) und seiner Idee der »Arbeitsschule«, die praktische Übungen im Zeichensaal oder am Messgerät mit theoretischem Unterricht verband.⁶

Nicht vergessen werden dürfen in dieser Aufzählung das Institut für Werkstoffkunde/Materialprüfungsamt⁷, die Schweißtechnische Lehr- und Versuchsanstalt sowie das Institut für Exportverpackung. Sie waren als selbständige Institute dem Ingenieurschulwesen und später der Fachhochschule angeschlossen, beteiligten sich an der Lehre und nahmen darüber hinaus externe Prüf- und Begutachtungsaufgaben wahr.⁸

Genannt sei schließlich das Technische Vorlesungswesen, das »auf Anregung aus Technikerkreisen« 1910 gegründet wurde und den schon im Beruf stehenden Ingenieuren Möglichkeiten zur Weiterbildung bieten sollte.⁹ Es bestand bis 1981 und ging dann in das Institut für Kontaktstudien der Fachhochschule ein, das bis 1995 existierte.¹⁰

Neben der gewerblichen Ausbildung für Jungen rückte allmählich auch die Ausbildung von Mädchen ins Blickfeld. Dies war vor allem drei bedeutenden Frauen der hamburgischen Geschichte zu verdanken. Die eine war Emilie Wüstenfeld (1817–1874). Ihr Engagement galt der Gewerbeschule für Mädchen, die 1873 eröffnet wurde. Aus dieser Schule entwickelte sich die Meisterschule für Mode, spä-

ter die Werkkunstschule für Textil, Grafik und Werbung, der Kern des Fachbereichs Gestaltung der Fachhochschule Hamburg.¹¹

Die zweite Frau war Johanna Goldschmidt (1806–1884). Sie gründete 1860 mit einigen Freundinnen den so genannten Fröbel-Verein. Dieser Verein folgte den Ideen Friedrich Fröbels (1782–1852), einem Wegbereiter der Kleinkindpädagogik, und bildete junge Mädchen zu »Kinderwärterinnen« aus.¹² Es war der Beginn des Fröbelseminars. 1961 – das Fröbelseminar war längst staatlich und hieß Fachschule für Sozialpädagogik Wagnerstraße – wurde es neu geordnet: Es entstand eine Fachschule für Erzieher und eine Höhere Fachschule für Jugendleiter. Diese letztere ging 1970 in den Fachbereich Sozialpädagogik der Fachhochschule über.¹³

Die dritte Frau schließlich war Gertrud Bäumer (1873–1954). Sie gründete 1917, mitten im Ersten Weltkrieg, die Soziale Frauenschule und, darauf aufbauend, das Sozialpädagogische Institut, um Frauen für den Beruf der Wohlfahrtspflegerin auszubilden. Das Institut begann als private Schule, getragen von der Hamburger Frauenbewegung und dem liberalen Bürgertum, und ging 1923 in staatliche Trägerschaft über. In der NS-Zeit wurde das Sozialpädagogische Institut einer rassistisch geprägten »Volkspflege« untergeordnet und verlor das einst für die Ausbildung maßgebliche christlich-humanistische Menschenbild seiner Gründerin. Nach dem Krieg wurde die Schule Fachschule für Sozialarbeit, 1970 mündete auch sie in den neuen Fachbereich Sozialpädagogik der Fachhochschule.¹⁴

Eine Domäne weiblicher Berufsarbeit war außerdem die bibliothekarische Ausbildung, ein weiterer Baustein im Fundament der Fachhochschule. Er geht zurück auf die beiden Zweige der bibliothekarischen Ausbildung in Hamburg, der Büchereischule für die Ausbildung an öffentlichen Bibliotheken (sie begann im November 1945 wieder mit den ersten Büchereikursen) und der Bibliotheksschule Hamburg, die im Oktober 1946 gegründet wurde.¹⁵ Beide Zweige gingen am 1. August 1966 als Abteilungen WB (wissenschaftliche Bibliotheken) und ÖB (öffentliche Bibliotheken) in die Bibliothekarschule der Freien und Hansestadt über.

Der kleinste und jüngste Grundstein der Fachhochschule Hamburg wurde 1965 gelegt. Damals entstand mit finanzieller Unterstützung des Hamburger Unternehmers Kurt A. Körber (1909–1992) die staatliche Ingenieurschule für Produktions-

⁴ Vgl. Schambach, 100 Jahre Ingenieurausbildung, S. 37

⁵ Vgl. 250 Jahre Seefahrt Ausbildung, S. 36 und Hamburg-Lexikon, S. 338

⁶ Vgl. Schimank, Technische Staatslehranstalten, S. 16–23; siehe auch die detaillierte Aufzählung der verschiedenen Labore in: Jahresberichte 1963/65, S. 70–95

⁷ Die Namen änderten sich: Das Institut für Werkstoffkunde/Materialprüfungsamt hieß früher Werkstoffprüfamt; vgl. Ingenieurschule, Jahresberichte 1963/65 und Fachhochschule. 20 Jahre, S. 28; das Institut für Exportverpackung hieß zuerst Beratungsstelle für seemäßige Verpackung BFSV, Vgl. Jahresbericht 1980/81, S. 92/93 sowie unveröffentlichtes Manuskript Prof. Dr. Rolf Dalheimer, Grußwort

⁸ Vgl. Determann, Ingenieurschulwesen, S. 400.

⁹ Jahresbericht der Verwaltung des Gewerbeschulwesens 1910/11, Kap. XIV, S. 1

¹⁰ Vgl. Jahresbericht 1978/79, S. 58/59 und Fachhochschule. 20 Jahre, S. 25 sowie Fachhochschule 83/1996, S. 3

¹¹ An der Meisterschule für Mode zeichnete sich schon früh die Konzentration auf die handwerklich-künstlerischen Fächer ab, die hauswirtschaftliche Ausbildung ebenso wie die Ausbildung der Gewerbelehrerinnen, die ursprünglich ebenfalls zum Angebot der Schule gehört hatten, wurden 1951 bzw. 1957 aufgegeben. Vgl. Illustrierte Chronik, S. 46. Zu Wüstenfeld vgl. Grolle, Wüstenfeld, S. 134–137

¹² Vgl. 125 Jahre, S. 22 und Grolle, Goldschmidt, S. 84, 86

¹³ Vgl. Wegweiser, o. S. Seit dieser Zeit konnten auch Männer die entsprechenden Ausbildungen absolvieren.

¹⁴ Vgl. Dünkel/Fesel, Soziale Frauenschule, S. 19 und 126/127. Die Verstrickung der Schule in die rassistische »Volkspflege«-Politik des NS-Staates dokumentiert diese Arbeit ausführlich. Für andere Fachgebiete, wie zum Beispiel das Ingenieurschulwesen, liegen Forschungen zur NS-Zeit noch überhaupt nicht vor.

¹⁵ Vgl. Bischoff-Kümmel/Fiebig, Bibliothekarische Ausbildung, S. 10

und Verfahrenstechnik. Sie baute ihrerseits auf dem privaten Tabaktechnikum auf, das Körber 1956 in Bergedorf gegründet hatte, um qualifizierten Ingenieur- und betriebswirtschaftlichen Nachwuchs für sein Unternehmen auszubilden.¹⁶ 1970 wurde auch diese Schule in die Fachhochschule integriert. Sie ist mit dem Fachbereich Produktions- und Verfahrenstechnik, Bio-Ingenieurwesen der Kern des seit 1972 bestehenden Standortes Bergedorf der Fachhochschule.

Daneben fand auch der junge Ausbildungszweig Ökotrophologie in Bergedorf seine Heimat. Seine Wurzeln liegen in der Höheren Fachschule für Hauswirtschaftliche Betriebsleiterinnen am Brekelbaumpark.¹⁷ 1978 siedelte der Fachbereich von dort endgültig nach Bergedorf um.

Die genannten Vorgänger der HAW Hamburg unterstanden nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1970 als Fachschulen, teilweise auch als Höhere Fachschulen der Schulbehörde. Sie waren dort Teil des beruflichen Bildungswesens.¹⁸

Materieller Wiederaufbau

Als der Krieg zu Ende war, lag Hamburg in Trümmern. Das öffentliche Leben, und damit ist auch der Schulalltag gemeint, kam nur sehr langsam wieder in Gang. Mit welchen Schwierigkeiten Lehrer, Mitarbeiter und Studierende zu kämpfen hatten, skizzieren die folgenden Absätze am Beispiel der Ingenieurschule.

Das Hauptgebäude am Berliner Tor, 1913 nach Plänen von Fritz Schumacher erbaut, war 1943 zum großen Teil zerstört worden. Die Raumnot war und blieb seitdem für lange Zeit das größte praktische Problem. Hinzu kam der Mangel an Maschinen, Modellen und nicht zuletzt auch an Papier, die allesamt für die Ausbildung der Studenten notwendig waren.¹⁹

Die Lehrpläne der Ingenieurschule mussten durch die Militärregierung genehmigt werden. Dies geschah im November 1945, war jedoch mit Auflagen verbunden: »Die Schule verpflichtet sich, [...] auf dem Gebiete des Schiffbaus und Schiffsmaschinenbaus nichts zu unterrichten, als was für Küsten- und Binnenschiffahrtsverkehr notwendig ist.«²⁰ Erst 1951 wurden im sogenannten Peters-

¹⁶ Vgl. zur Geschichte des TTH Schmid/Wegner, Kurt A. Körber, S. 126–135

¹⁷ Vgl. Jahresbericht 1976/77, S. 84

¹⁸ Vgl. Statistisches Jahrbuch 1953, S. 84. Es gab noch viele andere Fachschulen, die aber nicht in die HAW hineinwachsen, daher werden sie hier nicht erwähnt.

¹⁹ Zum Folgenden Vgl. StA Hamburg 361-2 VI 4771. Es handelt sich um allgemeine Unterrichtsangelegenheiten der Ingenieurschule aus der Zeit zwischen 1945 und 1950. Viele Akten der Ingenieurschule aus der Zeit davor verbrannten im Zweiten Weltkrieg, denn sie lagerten im Hauptgebäude am Berliner Tor. Hier: Schreiben der Schulverwaltung Hamburg an die Ingenieurschule vom 9. 8. 45.

²⁰ Schreiben der Ingenieurschule an die Schulverwaltung Hamburg vom 14. 11. 45, in: StA Hamburg 361-2 VI 4771

berger Abkommen vom 3. April die Beschränkungen für den deutschen Schiffbau zurückgenommen.²¹

Am 19. November 1945 begann das Wintersemester an der Ingenieurschule. »Zur Ausbildung werden Schüler mit mittlerer Reife zugelassen, die mindestens zwei Jahre praktische Berufsarbeit hinter sich haben. Die Abschlussprüfung der Schule berechtigt bei guter Zensur zum Studium an der technischen Hochschule, bei genügender zur Zulassung zur Aufnahmeprüfung. Den theoretischen Unterricht ergänzt die praktische Arbeit in den eigenen Laboratorien der Schule. [...] In den Laboratorien wird vorläufig auch der theoretische Unterricht stattfinden, da das Haupthaus größtenteils zerstört ist.«²²

Zu Beginn des Jahres 1946 besuchte der zuständige Leiter des Berufs- und Fachschulwesens bei der Schulbehörde, Johannes Schult (1884–1965), die Ingenieurschule.²³ Mittlerweile zählte die Schule wieder 678 Studenten (gegenüber 1.000 in der Zeit vor dem Krieg). Alles war notdürftig und vorläufig, wie Schult berichtete: »Besonders aufgefallen sind mir die Fortschritte, die die Unterbringung der Klassen gemacht hat. Das Laboratoriumsgebäude, das nur schmal ist, wird von einem ebenfalls sehr schmalen Korridor der Länge nach durchzogen. An beiden Seiten sind durch Leichtwände Räume, teils als Verwaltungszimmer, teils als Unterrichtszimmer oder auch für andere Zwecke, abgeteilt. Die notwendigen Bauarbeiten, das Einsetzen von Fenstern, das Abdichten der Decken, die Beschaffung von Türen, die Anlage von elektrischen und Wasserleitungen, alle diese Arbeiten sind von Lehrern und Studierenden ausgeführt worden. [...] Die Studierenden ertragen auch die im Gebäude herrschende Kälte mit großer Standhaftigkeit. An eine Beheizung der Räume ist nicht zu denken, da es 1. an Öfen und 2. an Brennstoff fehlt. Die Teilnahme am Unterricht ist durchaus befriedigend.«²⁴

Die Studierenden waren oft weit über 20 Jahre alt, denn die Schule nahm in erster Linie solche jungen Leute auf, die ihr Studium bereits vor dem Krieg begonnen hatten und es nun endlich zu Ende führen wollten. Aufgenommen wurden auch junge Männer, die wegen ihres Wehrdienstes oder einer Dienstverpflichtung in der Industrie zum Teil lange Jahre auf den Beginn ihres Studiums gewartet hatten.²⁵

21 Vgl. ISSUS, 250 Jahre Seefahrtausbildung, S. 79

22 Hamburger Nachrichten vom 15. 11. 1945, Auszug in: StA HH 361-2 VI 4771

23 Zu Schult vgl. den Beitrag von Anne-Kathrin Beer in Hamburgische Biografie, Bd. 4, S. 315–317. Johannes Schult war von 1945 bis 1950 Oberschulrat. Zwischen 1922 und 1933 war er Schulaufsichtsbeamter für das Berufs- und Fortbildungsschulwesen. 1950 folgte ihm vertretungsweise Landesschulrat Ernst Matthewes, ab 1959 Dr. Ing. Hermann Determann.

24 Bericht der Schulverwaltung vom 4. 2. 46, in: StA HH 361-2 VI 4771

25 Vgl. Schreiben der Ingenieurschule vom 21. 2. 46 an die Staatliche Ingenieurschule Duisburg, in: StA Hamburg 361-2 VI 4771

Auch das Lehrerkollegium hatte sich sehr verändert. Von 64 Lehrern waren vier im Krieg gefallen oder gestorben, drei Lehrer und der Direktor waren aus der Kriegsgefangenschaft noch nicht zurückgekehrt, 17 Lehrer waren wegen Krankheit oder Alters pensioniert, zehn Lehrer wurden neu eingestellt und zehn weitere Lehrer waren »von der Militärregierung nicht bestätigt« worden.²⁶ Eine ähnliche Nachricht enthält übrigens auch die Chronik der Seefahrtsschule, sie berichtet unter dem Datum Oktober 1946: »Einige der früheren Lehrer dürfen noch nicht wieder in den Dienst eintreten.«²⁷

Diese Formulierung umschreibt die beginnende Entnazifizierung, mit der Hamburgs öffentlicher Dienst seit dem Kriegsende und der Übergabe der Stadt an die britische Besatzungsmacht am 3. Mai 1945 konfrontiert wurde. Es war einmütige Überzeugung der alliierten Besatzungen, dass aktive Nationalsozialisten oder Anhänger des Nationalsozialismus aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden müssten. Seit dem Juni 1945 versuchte die britische Militärregierung, diesen Personenkreis über einen detaillierten Fragebogen zu ermitteln. Aufgrund seiner Informationen wurde von den höheren Beamten rund ein Fünftel als Anhänger der NS-Partei aus ihrem Amt entlassen.²⁸ Unter der Hamburger Lehrerschaft galt der Militärregierung sogar jeder Dritte als untragbar, so dass ein erheblicher Personenkreis vorläufig suspendiert blieb.²⁹ Im weiteren Verlauf erwies sich die Entnazifizierung durch die britische Militärregierung und ab 1946 durch die deutschen Ausschüsse allerdings als relativ nachgiebig, so dass fast alle vorläufig suspendierten Lehrer letztlich wieder eingestellt wurden.³⁰

Noch etwas verdient Erwähnung: Bereits am 11. September 1946 schrieb der schon erwähnte Oberschulrat Schult an das Landeswirtschaftsamt und bat um die Genehmigung einer zusätzlichen Lebensmittelkarte für den Abteilungsleiter an der Ingenieurschule, Heinrich Blasius, da dieser Hunger leide und kurz vor dem Zusammenbruch stehe. Wie diese Geschichte ausging, ist der betreffenden Akte nicht zu entnehmen, doch der Schriftwechsel erinnert an diese die erste Nachkriegszeit überall prägende Erfahrung, den Hunger.³¹

Die Ingenieurschule hatte also mit einem ganzen Bündel von Problemen zu kämpfen. In den anderen Vorgänger-Einrichtungen der HAW Hamburg lagen die

26 Vgl. ebenda

27 Vgl. ISSUS: 250 Jahre Seefahrt Ausbildung, S. 78

28 Vgl. Werum, Entnazifizierung, S. 27

29 Vgl. Sywottek, Hamburg seit 1945, in: Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner, Bd. 2, S. 413 und de Lorent, Entnazifizierung, S. 48

30 Vgl. ebenda

31 Vgl. StA HH 361-2 VI 4771

Probleme ähnlich. Ein Beispiel: Die Meisterschule für Mode, seit mehr als 70 Jahren in der Brennerstr. 77 in St. Georg zu Hause, wurde im Sommer 1943, im Verlauf der alliierten Luftangriffe auf Hamburg, vollkommen zerstört. Ihr gesamter Materialbestand und das Schulinventar gingen verloren. Im November 1945 bemühte sich die Schule um Wiederezulassung durch die Militärbehörde, die 1934 entlassene Direktorin Kläre Baumert wurde wieder eingesetzt. Im Februar 1946 begann der Unterricht offiziell im Gebäude der Mädchenoberschule Curschmannstraße 39 in Eppendorf. Den knappen Raum mussten sich dort Lehrer, Lehrerinnen und Schülerinnen von zwei Schulen vier Jahre lang teilen.³²

Mit vielen Provisorien begann auch die neu gegründete Bibliotheksschule. Seit dem 1. Oktober 1946 wurden Ausbildungslehrgänge für wissenschaftliche Bibliothekare in Hamburg angeboten. Die ersten Kurse fanden im Keller des Curio-Hauses statt; der Unterricht im Bibliografieren war beinahe unmöglich, weil der Auskunftsbestand der Staatsbibliothek wie vieles andere im Sommer 1943 nahezu vollständig vernichtet worden war.³³

Geistige Neuorientierung

Nicht allein der materielle Wiederaufbau der Schulen und die Rückkehr zu einem geordneten Schulalltag waren notwendig; es mussten auch Entscheidungen getroffen werden, wie Schule und Ausbildung in Zukunft überhaupt aussehen sollten. Und es gab Ideen: Schon im Juni 1945 wandten sich die Direktoren der Bauschule und der Ingenieurschule sowie der Direktor des Technischen Vorlesungswesens an den Bürgermeister und schlugen ihm die Neuordnung des Ingenieurschulwesens vor: Die Ingenieurschulen sollten endlich ein eigenes Referat in der Schulbehörde erhalten oder besser gleich in der Abteilung für die Hochschulen geführt werden. Denn man müsse dem »Bedürfnis nach einer Vertiefung der wissenschaftlichen Ausbildung Rechnung [tragen], wie schon seit vielen Jahren in unseren Lehrerkollegien und mit unseren Absolventen erörtert und auch schon gelegentlich der Schulverwaltung berichtet worden ist. Wir schlagen vor, an der Ingenieurschule

³² Vgl. Illustrierte Chronik, S. 3–4 und 6

³³ Vgl. Graf, Büchereikurse (Abteilung B), S. 36 und 39, siehe auch Bischoff-Kümmel/Fiebig, Bibliothekarische Ausbildung, S. 10

und der Bauschule neben den 5-semesterigen auch 7-semesterige Lehrgänge mit der Möglichkeit des Überganges von den 5- auf die 7-semesterigen einzuführen« und, so ihr Fazit, »die Ingenieurschule in ›Ingenieurakademie‹ und entsprechend die Bauschule in ›Bauakademie‹ umzubenennen.«³⁴

Die drei Direktoren nutzten die noch völlig offene Situation direkt nach Kriegsende für ihren Vorstoß: Sie wollten einerseits die Qualität der Ausbildung durch eine längere Studiendauer verbessern, andererseits aber auch das Ansehen ihres Berufsstandes, der Ingenieure, heben. Und noch etwas Drittes klang an, wenn die Bezeichnung Akademie vorgeschlagen wurde: In den ersten Jahren nach dem Krieg war allgemein der Wunsch stark, ein allzu enges Fachspezialistentum zu vermeiden, den Unterricht in einer freieren Atmosphäre zu gestalten und die berufliche Bildung in den weiten Horizont der Persönlichkeitsbildung zu stellen.³⁵ Nicht zuletzt sollte die »deutsche Jugend in die europäische Kulturgemeinschaft zurückgeführt werden«.³⁶

Ähnlich wie die Ingenieurschulen argumentierte für die Hamburger Bibliotheksschule einer ihrer ersten Dozenten, Gerhard Alexander. Er schrieb 1949: »Die Bibliotheksschule ist eine Fachschule; aber auch eine Fachschule verfehlt ihren Sinn, wenn sie nur den Spezialisten, den Techniker, und nicht auch den Menschen heranbildet. [...] Denn die wissenschaftliche Bibliothek braucht auch für ihre nicht-wissenschaftlichen Arbeiten Menschen, die sich der kulturellen Tradition und der kulturellen Aufgabe ihres Berufes bewusst sind.«³⁷

Nach der geistigen Verrohung der NS-Zeit mit ihrem rassistisch reduzierten Menschenbild sehnte man sich zurück nach einem bürgerlichen Wertekanon früherer Zeit, wenn auch dessen moralische Kraft unter der NS-Herrschaft stark beschädigt worden war. Besonders für diejenigen Ausbildungszweige, in denen es um die Arbeit mit Menschen und für Menschen ging, war ein neues Leitbild dringend nötig. Die Leiterin der Fachschule für Sozialpädagogik, Hildegard Knipp, sprach das deutlich aus: »Was wir brauchen, ist die Wendung nach innen, die Lösung vom Pathos, die ruhige Besinnung, die eigene Verwurzelung als Kraftquelle für andere.«³⁸

34 Schreiben an den Bürgermeister und die Schulbehörde vom 7. Juni 1945, in: StA HH 361-2 VI 4771. Die Direktoren waren Dipl. Ing. Wilhelm Klupp (Bauschule), Dr. Haake (Ingenieurschule), Prof. Dr. Schimank (Technisches Vorlesungswesen)

35 Vgl. Ebel, Berufsbildende Schulen, S. 101; Bauschule Hamburg 1767–1967, S. 48 und 63

36 Schröder, Neue Schule, S. 51

37 Gerhard Alexander, zitiert nach Kübler, Vorwort, in: Biblionota, S. 2

38 zitiert nach Thorun, Nachkriegszeit, S. 38. Den Namen Gertrud-Bäumer-Schule trug die Schule erst wieder nach einer Senatsentscheidung vom Juli 1954. Vgl. ebd., S. 39. In der NS-Zeit hatte die Schule »Volkspflegeschule des Staatlichen Sozialpädagogischen Instituts« geheißen.

Die Ingenieurschulen zwischen Fachschule und Hochschule

Im hamburgischen Schulsystem der Nachkriegszeit erlangten die Ingenieurschulen mehr und mehr eine eigenständige Stellung zwischen Fachschule und technischer Hochschule. Damit einher ging die Verlängerung des Studiums.³⁹ Ähnliche Entwicklungen vollzogen sich auf der Grundlage von Beratungen der Kultusminister auch in anderen Bundesländern.⁴⁰

Im Februar 1956 hatte der Verein Deutscher Ingenieure (VDI), der sich als Wortführer für die Verbesserung des Ingenieurschulwesens verstand, bundesweit mit einer Denkschrift über das deutsche Ingenieurschulwesen Beachtung gefunden. Seine Forderung ließ sich in einem Satz zusammenfassen: »Die Zahl der Ingenieurschul-Absolventen muss um die Hälfte gesteigert werden, ohne dass die Güte der Ausbildung sinkt.«⁴¹ Diese Denkschrift blieb nicht ohne Einfluss auf die weiteren bildungspolitischen Planungen. Noch im gleichen Jahr 1956 beschloss die Kultusministerkonferenz (KMK), für alle Bundesländer die Anzahl der Ingenieurschulen und ihrer Studierenden zu erfassen und Planzahlen für den weiteren Ausbau zu erstellen. Ziel war es, auf Grundlage gesicherter Daten die Ingenieurschulen neu zu ordnen, sie auszubauen und zu vereinheitlichen.⁴²

Das Stichwort Vereinheitlichung galt auch für die Zulassungsvoraussetzungen zum Studium an einer Ingenieurschule. Seit einem KMK-Beschluss vom 15. Juni 1961 benötigten die Bewerber überall in Deutschland die Mittlere Reife, oder sie mussten die Versetzung in eine 11. Klasse an einem Gymnasium bestanden haben. Zusätzlich dazu verlangten die Schulen entweder eine abgeschlossene Lehre oder ein zweijähriges Praktikum vor dem Beginn des Studiums.⁴³

In Hamburg zählte man 1957 drei Ingenieurschulen (Ingenieurschule Berliner Tor, Bauschule, Schiffsingenieurschule) und ab 1962 fünf (zu den genannten wurden die Wagenbauschule und die private Ingenieurschule für Produktions- und Verfahrenstechnik in Bergedorf hinzugezählt).⁴⁴ Die Schulbehörde rechnete mit einer Steigerung der Studierendenzahlen: Sie kalkulierte für das Jahr 1957 mit 2.100, für das Jahr 1970 mit 4.650 Studierenden. Folgerichtig setzte seit Beginn der 60er Jahre der gezielte Ausbau der Schulen ein, um die Studienkapazitäten zu erweitern:

39 In Hamburg wurde 1951 das Studium an der Ingenieurschule Berliner Tor von fünf auf sechs Semester verlängert, 1953 an der Bauschule und im selben Jahr von vier auf fünf Semester an der Wagenbauschule. Vgl. Dalheimer, Klasse für Bauzeichner, S. 22 und Bauschule Hamburg 1767–1967, S. 37; Wagenbauschule, S. 22

40 Grundlage war der Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 17. April 1953, abgedruckt in: Determann, Vereinheitlichung, S. 69. Zur Person: Dr. Hermann Determann (1909–1985), ab 1960 als Oberschulrat bei der Schulbehörde für die Ingenieurschulen verantwortlich, übernahm leitende Aufgaben im Hamburger VDI und war mehrere Jahre dessen 2. Vorsitzender; außerdem leitete er die Schweißtechnische Lehr- und Versuchsanstalt und gründete das Institut für Verpackungstechnik. Vgl. Dalheimer, Klasse für Bauzeichner, S. 22; Hinweis von Prof. Dr. Dalheimer

41 Denkschrift des VDI zur Ausweitung der Ingenieurschul-Kapazität vom Februar 1956, in: StA HH 361-2 VI 5673

42 Vgl. Ingenieurschulen, S. 44 sowie Oehler, Hochschulentwicklung, S. 103; außerdem Friedeburg, Bildungsreform, S. 337–339. So sollte in der gesamten Bundesrepublik die Zahl der Ingenieurschulen von 80 (1957) auf 113 (1970), die Zahl der Studenten von rund 38.000 (1957) auf rund 82.000 (1970) wachsen.

Der Neubau für die Bauschule begann im Frühjahr 1963.⁴⁵ Der Neubau einer vierten Ingenieurschule in Bergedorf mit Unterstützung der Industrie – namentlich Kurt A. Körbers – sollte 1964 beginnen, ebenso der Neubau der Seefahrt- und Schiffingenieurschule.

Die hier skizzierte Entwicklung der Ingenieurschulen ist zu verstehen vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und des Aufschwungs in den 50er Jahren, der qualifizierte Ingenieure dringend forderte.⁴⁶ Seit Mitte der 50er Jahre wurden in einigen Gewerben, speziell im Bauwesen, im Schiffbau und im produzierenden Gewerbe, Arbeitskräfte knapp. 1959 gab es in den technischen Angestelltenberufen praktisch keine Arbeitslosigkeit mehr. Kennzeichnend für Hamburgs Wirtschaft war traditionell der Schiffbau – hinzu kamen ein hochspezialisierte, mittelständischer Maschinenbau, z. B. in der Tabakindustrie, die Bauwirtschaft und als besondere Wachstumsbranchen die Elektroindustrie und der Dienstleistungssektor aus Handel, Banken, Versicherungen.

Und noch ein weiterer, allgemeinpolitischer Gesichtspunkt trat hinzu: In der zweiten Hälfte der 50er Jahre wurde den westlichen Staaten bewusst, dass die Sowjetunion bereits »außerordentliche Fortschritte« in der Entwicklung der Technik gemacht hatte, wie es in einer Veröffentlichung des VDI aus dem Jahr 1959 hieß.⁴⁷ Die gezielte Förderung des technischen Nachwuchses war damit auch ein Thema, das zum Kalten Krieg zwischen Ost und West gehörte.

Die Studierenden

Bis etwa zur Mitte der 60er Jahre arbeiteten auch die anderen, nicht-technischen Vorgänger der HAW Hamburg an der Aufwertung und Verlängerung des Studiums sowie des Praktikums. Einige Beispiele: An der Bibliotheksschule wurde die Ausbildung 1957 von fünf auf sechs Semester ausgedehnt⁴⁸; die Ausbildung für Sozialarbeiter und -arbeiterinnen, die nach dem Krieg nur zwei Jahre dauerte, wurde 1961 auf vier Jahre einschließlich einjährigem Praktikum verlängert.⁴⁹ Je nach Fach dauerten die Praktika an der Meisterschule für Mode unterschiedlich lange. Bemerkens-

⁴³ Vgl. allgemein Determann, Vereinheitlichung, S. 70/71

⁴⁴ Vgl. zum folgenden Absatz Ingenieurschulen, S. 41; Bauschule Hamburg 1767–1967, S. 37; Bericht des Landes Hamburg, S. 80

⁴⁵ 1967 zogen die letzten Abteilungen der Bauschule, die nun Ingenieurschule für Bauwesen hieß, aus dem Gebäude am Steintorplatz aus und in das neue Gebäude in der Hebebrandstraße (City-Nord) am Stadtpark ein.

⁴⁶ Vgl. zum folgenden Absatz Drescher, Wirtschaftsentwicklung, S. 243–248

⁴⁷ A. Rucker, Probleme des technischen Nachwuchses, S. 3. Siehe auch Köhle, Bildungsrestauration, S. 240

⁴⁸ Vgl. Bischoff-Kümmel/Fiebig: Bibliothekarische Ausbildung, S. 20–22

⁴⁹ Vgl. Thorun, Nachkriegszeit, S. 37

wert ist hier, dass die Schule 1961 ihr Profil noch deutlicher in eine künstlerische Richtung veränderte, indem sie neue Fächer hinzunahm. Sie hieß nun Meisterschule für Mode, Werkkunstschule für Textil, Grafik, Werbung der Freien und Hansestadt Hamburg.⁵⁰

Wie sich die Studierendenzahlen an den einzelnen Fachschulen über einen Zeitraum von 15 Jahren tatsächlich entwickelten, ist anhand der amtlichen Statistiken schwer nachzuvollziehen, da die Zuordnung der einzelnen Schulen schwankte. Um eine ungefähre Größenordnung anzugeben, seien hier die folgenden Zeitreihen genannt.⁵¹

An der Meisterschule für Mode/Werkkunstschule studierten:

1953	166 Studierende (15 m / 151 w)
1960	353 Studierende (40 m / 313 w)
1968	297 Studierende (101 m / 196 w)

An den beiden Büchereischulen (für öffentliche bzw. wissenschaftliche Bibliotheken) studierten:

1953	112 Studierende (25 m / 127 w)
1960	142 Studierende (15 m / 127 w)
1968	338 Studierende (56 m / 282 w)

An der Seefahrtsschule studierten:

1953	175 Studenten
1960	615 Studierende (613 m / 2 w)
1968	606 Studierende (605 m / 1 w)

An den Ingenieurschulen (mit Wagenbauschule, Schiffsingenieurschulen und Bau- schule, ohne Abendschule und Vorsemeester der Ingenieurschulen) studierten:

1953	1.428 Studierende (1.424 m / 4 w)
1960	2.943 Studierende (2.928 m / 15 w)
1968	3.269 Studierende (3.228 m / 35 w)

50 Vgl. dazu Bericht des Landes Hamburg, S. 79 und Bestandsverzeichnis StA HH 362-5/7; für die unterschiedliche Praktikumsdauer Vgl. Handbuch Hamburg 1956, S. 100–102. In der Illustrierten Chronik, S. 35 wird das Jahr 1964 für die Umbenennung angegeben.

51 Sämtliche Angaben aus den Statistischen Jahrbüchern für Hamburg, Jge. 1953, S. 84; 1960, S. 71 und 75; 1968, S. 101 und 105. Stichtag der Erhebung war jeweils der 15. 11.

Besonders schwer fällt die Einschätzung bei den Wohlfahrtspflegeschulen bzw. den Schulen für soziale Arbeit, da hier nicht klar ist, welche Schulen mitgezählt wurden. Die Zunahme von 1953 bis 1968 erscheint daher exorbitant: von 51 auf 809 Studierende.

Der übliche Zugangsweg blieb für die jungen Frauen und Männer die Mittlere Reife oder ein gleichwertiger Abschluss plus Berufserfahrung. Davon gab es zwei Ausnahmen: Erstens konnten zur Ausbildung als Sozialarbeiter und -arbeiterinnen auch Absolventen der Hauptschule aufgenommen werden, sofern sie eine gesonderte Prüfung bestanden hatten. Zweitens forderten die Bibliotheksschulen nach wie vor das Abitur als Einstieg.⁵² Doch generell galt: Die Stadt Hamburg bot gerade im Bereich unterhalb der klassischen Hochschule, nämlich für die Mittelschulabsolventen, ein breites Ausbildungsspektrum. Dies entsprach der schulpolitischen Tradition der Stadt, die immer auf die Verbindung von praktischem Beruf und Bildung gesetzt hatte. Eine abgeschlossene Lehre galt als festes Fundament für weiteren schulischen und beruflichen Aufstieg über Handels-, Fach- und Meisterschulen.⁵³

Die bildungspolitische Diskussion der 60er Jahre

Diese bildungspolitische Konstante geriet im Zuge der nun einsetzenden bundesweiten Bildungsdiskussion unter Druck.⁵⁴ Zwar bemühte sich die Kultusministerkonferenz schon seit langem um mehr Einheitlichkeit und Abstimmung im deutschen Bildungswesen (das wurde oben am Beispiel der Ingenieurschulen deutlich). Doch im Jahr 1965 ging die Bildungspolitik noch einen Schritt weiter: Bund und Länder gründeten gemeinsam den Deutschen Bildungsrat als Gremium einer bundesweiten Bildungsplanung. Dieses Gremium hatte mit seinen Empfehlungen beträchtlichen Einfluss auf den Gang der bildungspolitischen Diskussion. Es verabschiedete 1970 den Strukturplan für das Bildungswesen, der 1973 als Bildungsgesamtplan große praktische Bedeutung erhielt. Auf seine Empfehlung gehen beispielsweise die Einführung der Orientierungsstufe und Gesamtschulversuche zurück.

⁵² Vgl. Bischoff-Kümmel/Fiebig: Bibliothekarische Ausbildung, S.17

⁵³ Vgl. Drescher, Wirtschaftsentwicklung, S. 250

⁵⁴ Vgl. zum folgenden Abschnitt Friedeburg, Bildungsreform, S. 344–348 und 350/51 sowie Köhle, Bildungsrestauration, S. 240 und 246

Seit Mitte der 60er Jahre war in der deutschen Politik die Einsicht gereift, dass Wirtschaft und Gesellschaft noch viel mehr von gut ausgebildetem Personal abhängig wären, ja dass letztlich der Wohlstand und die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit des Landes mit dem Bildungspotential seiner Jugend korrespondierten. Publizistisch wurden die Erkenntnisse der Bildungsplaner äußerst wirksam mit Warnungen vor einer »Bildungskatastrophe« und der Forderung nach einem »Bürgerrecht auf Bildung« verbunden.⁵⁵

Die neu aufflammende Bildungsdiskussion war facettenreich. Diskutiert wurden der quantitative Ausbau des Bildungswesens, die Kostenverteilung zwischen Bund und Ländern, die innere Reform der bestehenden Bildungseinrichtungen mit dem Ziel der sozialen Öffnung, und – nicht zu vergessen – pädagogische Fragen, z. B. um Begabung und Chancengleichheit.⁵⁶ Administrative, bildungsökonomische, soziale und ethische Aspekte flossen ineinander.

Für die Zukunft der (Höheren) Fach- und der Ingenieurschulen war der Vorstoß des Soziologen und Bildungspolitikers Ralf Dahrendorf im Sommer 1967 folgenreich: Er prognostizierte wegen der starken Geburtenjahrgänge einen Ansturm auf die Universitäten, dem sie nicht gewachsen sein könnten. Erstes Ziel einer Bildungsreform müsse daher die Entlastung der Universitäten sein. Dies könne geschehen, indem man die Ausbildung an den Hochschulen gliedere in ein wissenschaftliches Langzeitstudium und in ein praktisch orientiertes Kurzzeit- bzw. Fachhochschulstudium, das die Ausbildung der Ingenieure und anderer praktischer Fächer, wie z. B. in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, betreffe.⁵⁷ Ähnlich argumentierte der VDI: Die Wirtschaft benötige zu etwa 80 Prozent Ingenieure, die nach dem aktuellen Stand der Technik vorgegebene Aufgaben lösen könnten, also im Wesentlichen reproduzierend tätig seien. Sie benötige darüber hinaus aber etwa 20 Prozent wissenschaftlich interessierte, schöpferisch begabte und für spätere Führungsaufgaben geeignete junge Männer. Diese sollten an einer Universität ausgebildet werden, die anderen an einer Berufs- bzw. Fachhochschule.⁵⁸

In diesem Zusammenhang erlangte die Idee der Gesamthochschule für einige Zeit große Popularität, ja sie schien sogar geeignet, den gordischen Knoten des verwickelten Hochschulsystems zu durchschlagen. Ralf Dahrendorf hatte sie an-

⁵⁵ Dies sind die Schlagworte der damaligen Diskussion, angefaßt von einer Artikelserie Georg Pichts über »die deutsche Bildungskatastrophe, 1965, und durch Ralf Dahrendorf in seinem Buch »Bildung ist Bürgerrecht«, 1965

⁵⁶ Vgl. Friedeburg, Bildungsreform, S. 374/75

⁵⁷ Vgl. Neue Wege zur Hochschulreform, S. 18–28

⁵⁸ VDI, Gesprächsunterlagen für den 20. 7. 67, in: StA HH 361-2 VI 5681

lässlich einer bildungspolitischen Tagung in Bergedorf im Sommer 1967 zur Sprache gebracht: Die Gesamthochschulen sollten »Warenhäuser der Ausbildung« für Kurz- und Langzeitstudenten werden. Ihre einzelnen Fachbereiche bzw. Abteilungen sollten von den Vorzügen einer gemeinsamen Organisation profitieren und den Kurzzeitstudenten den »diskriminierenden Charakter« eigener Studienstätten ersparen.⁵⁹

In Hamburg war man, wie die Darstellung oben zeigt, in den 50er und 60er Jahren dem bundesweiten Trend zum Ausbau, zur Vereinheitlichung und zur Hebung des Niveaus an den Fachschulen gefolgt. Nun stellte sich die Situation noch einmal neu. Die Schulbehörde wollte die Eigenständigkeit der Ingenieurschulen erhalten und auch die Zugangsvoraussetzung Mittlere Reife plus Praktikum gesichert wissen. Das war ihr Standpunkt während einer Konferenz der Kultusminister in Bonn noch im November 1967.⁶⁰ Insbesondere der leitende Beamte, Hermann Determann, sprach sich energisch gegen die Thesen Dahrendorfs aus. Seiner Meinung nach bot die Aufteilung in ein Kurz- und ein Langzeitstudium Vorteile für die wissenschaftlichen Hochschulen, weil sie diese entlasten könne und Teile der Ingenieurstudenten auf die Ingenieurschulen lenke, schließe aber einen beachtlichen Teil der bisher geeigneten Bewerbergruppen – nämlich die in Hamburg traditionell starke Gruppe der Realschulabsolventen – aus. Die Ingenieurschulen hätten damit nur die Alternative, herabzusinken auf das Niveau einer Technikerschule oder dem Trend anderer Bundesländer zu folgen und ebenfalls das Abitur zu fordern.

Seit Mitte des Jahres 1968 setzte sich der Gedanke durch, dass die Zukunft der Ingenieurschulen in der fachgebundenen Hochschule liege.⁶¹ Das hatte auch damit zu tun, dass in den Ländern der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) die Frage des Niederlassungsrechts für Ingenieure diskutiert wurde. Bis zum Jahr 1970 wollte die EWG diese Frage regeln. Aus Sicht der deutschen Ingenieure gab es erhebliche Probleme: Viele von ihnen besaßen kein Hochschulstudium, sondern hatten ihre Ausbildung an einer Ingenieurschule absolviert. Diese Ausbildung wurde von anderen europäischen Ländern – eben weil sie nicht an einer Hochschule erworben war – mit derjenigen eines Technikers gleichgesetzt, wodurch sich die deutschen Ingenieure unter Wert betrachtet und diskriminiert sahen. Sie waren

⁵⁹ Vgl. Neue Wege zur Hochschulreform, S. 32/33

⁶⁰ Vgl. Plenarsitzung der KMK vom 2. 11. 1967, in: StA HH 361-2 VI 5681

⁶¹ Vgl. Schreiben der Handelskammer vom 14. 7. 68, in: StA HH 361-2 VI 5681

auch aus diesen Gründen sehr daran interessiert, dass ihre Ausbildung aufgewertet wurde – dies ging nur über den Weg der Hochschule.

Auf dem Weg zur Fachhochschule

Im Herbst 1968 wurde eine Richtungsentscheidung getroffen. Die Ministerpräsidenten der Länder einigten sich auf ein gemeinsames Abkommen zur Zukunft der Fach- und Ingenieurschulen. Sie beschlossen, die Ingenieurschulen und Höheren Fachschulen für Wirtschaft, für Sozialpädagogik und Sozialarbeit, für Gestaltung und für Landwirtschaft zu Fachhochschulen zusammenzuführen. Diese sollten für Schüler und Schülerinnen, die die 12. Klasse bestanden hatten und damit die Fachhochschulreife besaßen, ein praxisorientiertes Studium auf wissenschaftlicher Grundlage mit dem Abschluss der Graduierung anbieten.⁶²

Die Länder, also auch Hamburg, mussten sich diesen Vorgaben möglichst schnell anpassen. Senat und Bürgerschaft in Hamburg berieten zunächst, bis zum April 1969, die Reform der hamburgischen Universität.⁶³ Anschließend trat der Senat dafür ein, das noch zu beratende Gesetz über die Fachhochschule dem Universitätsgesetz weitgehend anzugleichen. Die Fachhochschule sollte wie die Universität als Körperschaft des öffentlichen Rechts gelten und ihre Angelegenheiten selbst verwalten.⁶⁴

In den Beratungen der Bürgerschaft bestand Einigkeit darüber, dass für die künftige Fachhochschule die internationale und die EWG-weite Anerkennung der Abschlüsse angestrebt und »die schulische Vorbildung der zukünftigen Studierenden geändert werden« müssten.⁶⁵ Intensive Beratungen wurden um andere Punkte geführt, zum Beispiel um das Praktikum als Teil der Ausbildung. Vertreter der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer setzten sich in einer Anhörung vehement für den Erhalt eines längeren gelenkten Praktikums ein, weil in diesem die besondere Qualität der Ausbildung liege. Sie fürchteten, dass bei einer Verkürzung oder dem Wegfall des Praktikums, wie es manche Dozenten forderten, die Ausbildung zu theorielastig werde.⁶⁶

⁶² Vgl. Abkommen zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Fachhochschulwesens vom 31. 10. 1968, auszugsweise in: Bildungspolitik in Deutschland, S. 197–198

⁶³ Vgl. Universitätsgesetz vom 25. April 1969, in: HmbGVbl. 1969, S. 61–80

⁶⁴ Vgl. Ausschusssitzung vom 2. 5. 1969 und Ausschussbericht Nr. 2824, S. 3, in: StA HH 131-1 II Senatskanzlei II 6350

⁶⁵ Vgl. Bericht des Ausschusses für Schule und Universität der hamburgischen Bürgerschaft (Drucksache Nr. 2824) vom 27. 1. 1970, S. 1 (künftig zitiert als Ausschussbericht Nr. 2824)

⁶⁶ Vgl. Ausschusssitzung vom 9. 10. 1969, in: StA HH 131-1 II Senatskanzlei II 6350

Strittig war das Forschungs- und Promotionsrecht. Der bürgerschaftliche Ausschuss verständigte sich auf die Formulierung, dass die künftige Fachhochschule »praxisnahe Forschungs- und Entwicklungsaufgaben« habe und verzichtete darauf, das Promotionsrecht ausdrücklich im Gesetzestext zu benennen bzw. zu verbieten. Die Schulbehörde allerdings warnte, dass mit dem Recht auf Forschung eine ganze Reihe von personal- und besoldungsrechtlichen Folgen zu bewältigen sei. Ganz besonders müsse man sich in diesem Zusammenhang hüten, dass »sich die Fachhochschule – an einem solchen Wort sich hochrankend – das Symbol der Universität erschleiche, ohne dass der Gesetzgeber dieses in der Hand habe.«⁶⁷ Aus der Formulierung wird deutlich, wie groß der Abstand zwischen den verschiedenen Hochschulformen war und wie sehr auf die Wahrung dieses Abstandes geachtet wurde.

Die Studenten der Ingenieur- und der anderen Fachschulen standen bei den teils erhitzten Bildungsdiskussionen jener Jahre nicht wort- und tatenlos beiseite. Auch sie gingen, wie die Studenten der Universität, 1968 für ihre Forderungen auf die Straße: Sie wollten, dass ihre Schulen in eine künftige Fachhochschule und langfristig in eine Gesamthochschule integriert würden, sie wollten international anerkannte Abschlüsse und mehr Durchlässigkeit für ein aufbauendes Studium an einer technischen Hochschule.⁶⁸ Sie forderten die Gleichstellung der künftigen Fachhochschule mit der Universität und das Recht der akademischen Selbstverwaltung.⁶⁹ Und sie wurden, bei aller Sachlichkeit, die man ihnen attestierte, ungeduldig. Die sich hinziehenden politischen Beratungen deuteten sie als Missachtung ihrer Bildungseinrichtungen. Bei der zweiten Anhörung des bürgerschaftlichen Ausschusses, an der einige von ihnen als Vertreter der Ingenieurschulen teilnahmen, verließen sie nach Verlesung einer kurzen Erklärung empört den Saal.⁷⁰

Dennoch: Zehn Monate nach dem Universitätsgesetz verabschiedete die Hamburger Bürgerschaft am 18. Februar 1970 das Gesetz über die Fachhochschule. »Die Fachhochschule Hamburg hat den Auftrag, eine fachliche Ausbildung auf wissenschaftlicher oder künstlerischer Grundlage zu vermitteln. Das Ziel der Ausbildung ist die Anwendung wissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse in einer selbständigen Berufstätigkeit.«⁷¹ 13 verschiedene, bisher selbständige Schulen wurden nun Fachbereiche der Fachhochschule Hamburg.

⁶⁷ Vgl. Ausschusssitzung vom 2. 10. 1969, in: ebenda

⁶⁸ Vgl. Bericht der Innenbehörde vom 7. 6. 1968, in: StA HH 361-2 VI 5681, siehe auch 250 Jahre Seefahrt Ausbildung, Chronik, S. 88

⁶⁹ Vgl. Tormin. Aktionen, S. 29–33

⁷⁰ Vgl. Ausschussbericht Nr. 2824, S. 2

⁷¹ Gesetz über die Fachhochschule vom 18. 2. 1970, in: HmbGVBl. 1970, S. 61–76

Der lange politisch-administrative Vorlauf bis zur Gründung der Fachhochschule Hamburg zeigt, dass mit der Idee der Fachhochschule ein ganzes Knäuel von bildungspolitischen Problemen aufgelöst werden sollte. Auf der Ebene der Ingenieurschulen und der anderen vergleichbaren Höheren Fachschulen war schon seit langem absehbar, dass dem materiellen Ausbau der 50er und 60er Jahre die innere Weiterentwicklung der Schulen und ihrer Fächer folgen musste. Auf nationaler Ebene deutete sich seit Mitte der 60er Jahre das Problem der Überfüllung der Universitäten an – eine Lösung bestand aus Sicht der Bildungspolitiker in der Umlenkung der »Abiturientenströme« auf die Fachhochschulen. Und schließlich erhielt die deutsche Diskussion noch einmal zusätzlich Fahrt durch die Notwendigkeit, das eigene Bildungssystem im Rahmen der EWG zu reformieren.

TEIL 2: VON DER FACHHOCHSCHULE ZUR HOCHSCHULE FÜR ANGEWANDTE WISSENSCHAFTEN

Aufbruch und Abschwung in den 70er Jahren

Am Ende der 60er und bis zur Mitte der 70er Jahre erlebte das Bildungswesen der Bundesrepublik Deutschland eine »Hochkonjunktur«. Durch Änderungen des Grundgesetzes im Mai 1969 (Art. 75, 91a und 91b) erhielt der Bund das Recht der Rahmengesetzgebung für die Hochschulen und bei den Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern mehr Mitwirkungsrechte. Ein konkretes Ergebnis war die Beteiligung des Bundes mit beträchtlichen finanziellen Mitteln am Hochschulbau, ein weiteres die Schaffung des Bundesbildungsministeriums. Dem folgte auf der Ebene der Verwaltung die engere Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Bildungsplanung. Daneben bestanden schon seit geraumer Zeit wichtige Sachverständigenräte, wie der Wissenschaftsrat und der Deutsche Bildungsrat.⁷²

Das Bundesbildungsministerium veröffentlichte im Jahr 1970 das bildungspolitische Grundsatzdokument, den Bildungsbericht '70 der Bundesregierung. Ihm stand in Hamburg als landespolitisches Pendant der Bildungsbericht des Senats von 1970 zur Seite. Beide Dokumente bekannten sich zu einem demokratischen und leistungsfähigen Bildungssystem: Dieses solle dem Verfassungsgrundsatz der Gleichberechtigung folgen und jeden Menschen befähigen, sein Leben selbst zu gestalten. Der hamburgische Senat erklärte in wörtlicher Anlehnung an das schon erwähnte Buch Ralf Dahrendorfs, das Bildungswesen müsse »dem Bürgerrecht auf Bildung« dienen.⁷³ Um diese Ziele zu erreichen, wollte er langfristig die bestehenden Bildungseinrichtungen in Gesamt(hoch-)schulen umbauen.⁷⁴

Der hohe Stellenwert, den das Thema Bildung zu Beginn der 70er Jahre genoss, lässt sich von vielen Seiten her belegen:⁷⁵ Hier sei beispielhaft auf die stetig wachsende Zahl der Studenten in Deutschland verwiesen: von rund 291.000 im Jahr 1960 auf 510.000 im Jahr 1970 (und 1.044.000 im Jahr 1980). Beeindruckend waren auch die hohen finanziellen Zuwendungen. Die gesamten Bildungsausgaben

72 Vgl. Bildungspolitik in Deutschland, S. 22 und S. 113–115. Zum Wissenschaftsrat siehe auch www.wissenschaftsrat.de, Zugriff am 02.07.2009. Der Wissenschaftsrat wurde 1957 gegründet mit dem Ziel, Bund und Länder in Fragen der Wissenschaftspolitik zu beraten. Ihm gehören Persönlichkeiten der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens an, die vom Bundespräsidenten aufgrund von Vorschlägen der Länder und wissenschaftlichen Gremien, wie z. B. der DFG, berufen werden.

73 Senat, Bildungsbericht, S. 9

74 Vgl. Senat, Bildungsbericht, S. 9 und 96/97 sowie Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft vom 19.11.1968, Nr. 1686. Die Gesamthochschule Hamburg sollte demnach entstehen aus dem Zusammenschluss der Universität Hamburg, der HWP, der Hochschule für bildenden Künste, der Hochschule für Musik und darstellende Kunst und einer noch zu bildenden Fachhochschule Hamburg.

75 Zu den folgenden Zahlenangaben vgl. Köhle, Bildungsrestauration, S. 243–244

von Bund, Ländern und Gemeinden kletterten von 15,7 Mrd. (1965) über 27,8 Mrd. (1970) auf 56,8 Mrd. DM (1975). Nach 1973 zeigten die finanziellen Zuwachsraten im Bildungswesen nicht mehr so steil nach oben, sie wurden flacher.

Bedingt durch die wirtschaftliche Rezession der 70er Jahre mischte sich in die bildungspolitische Stimmung zunehmend Ernüchterung. Dies zeigte sich unter anderem daran, dass der einst mit großen Erwartungen gegründete Deutsche Bildungsrat im Jahr 1975, also nach nur zehn Jahren, aufgelöst wurde. Noch viel deutlicher zeigte sich die veränderte Stimmung am Thema Gesamthochschule.

Bundesweit machte das Hochschulrahmengesetz vom 26. Januar 1976 die Vorgaben: Es bezeichnete die Gesamthochschulen nach wie vor als Mittel einer umfassenden Hochschulreform.⁷⁶ Das neue Hamburgische Hochschulgesetz vom 22. Mai 1978 – eine Überarbeitung der bestehenden Gesetze von 1969 und 1970 war durch die Vorgaben des Hochschulrahmengesetzes erforderlich geworden –, widmete dem Ziel Gesamthochschule sogar einen eigenen Gesetzesteil.⁷⁷ Doch die Beratungen über den Weg dorthin, in der Behörde für Wissenschaft und Kunst, in den Gremien der Hochschulen und in der Bürgerschaft, zogen sich in die Länge. Die Fachhochschule, das legt die Lektüre ihrer Jahresberichte nahe, gehörte zu den Befürwortern des Gesamthochschulplanes, denn sie erhoffte sich eine Aufwertung ihres Profils und eine Erweiterung ihrer Möglichkeiten, z. B. im Bereich der Forschung.⁷⁸ Gegen Ende der 70er Jahre war jedoch unverkennbar, dass die hamburgische Politik diesen Plan stark relativierte: Man wolle – so die Argumentation der regierenden SPD und ihres Wissenschaftssenators Sinn⁷⁹ – die Dinge nicht von oben oktroyieren, sondern gemeinsam mit den betroffenen Hochschulen von unten wachsen lassen.⁸⁰ Dieses Wachstum fand aber nicht statt. Hinzu kam, dass bundesweit der Wissenschaftsrat, die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) und Teile der Länder vom Gesamthochschulgedanken abrückten. Im novellierten Hochschulrahmengesetz des Jahres 1985 war er nicht mehr zu finden.⁸¹

76 Vgl. Hochschulrahmengesetz vom 26. Januar 1976, § 5, in: Bildungspolitik in Deutschland, S. 201 und Jahresbericht 1974/75, S. 10–12 und 25ff.

77 Vgl. Hamburgisches Hochschulgesetz vom 22. Mai 1978, in: HmbGVBl. 1978, S. 109§ 148 Achter Teil – Gesamthochschule

78 Vgl. besonders die Jahresberichte 1974/75 bis 1978/79

79 Vgl. zu Prof. Dr. Hansjörg Sinn (parteilos, Gründungspräsident der TUHH, vom 28.6.1978 bis zum 13.6.1984 Wissenschaftssenator) Gabrielsson, Bürgermeister, S. 114 und 30 Jahre TUHH, S. 2

80 Vgl. die Rede des Wissenschaftssenators Sinn vor der Bürgerschaft, in: Plenarprotokolle der Bürgerschaft, 9. WP, 15. Sitzung am 15.2.1979, S. 727 D

81 Vgl. Oehler, Hochschulentwicklung, S. 110 und Bildungspolitik in Deutschland, S. 201

Kooperation oder Konkurrenz? Die Fachhochschule in Hamburgs Hochschullandschaft

Im Jahr 1978 fiel in Hamburg eine auch für die Fachhochschule bedeutsame hochschulpolitische Grundsatzentscheidung: Eine zweite Universität sollte im Süden Hamburgs entstehen. Die politische Debatte darüber wurde bereits seit 1970 geführt, sie war angestoßen worden durch den damaligen Ersten Bürgermeister Herbert Weichmann (1896–1983) und weiter befördert durch ein Senatsgutachten aus dem Jahr 1974.⁸² Eine neue, technisch ausgerichtete Universität für den norddeutschen Raum sollte die Ausbildung von Diplom-Ingenieuren sichern, die regionale Entwicklung südlich der Elbe stärken und sich dabei an den Bedürfnissen von Wirtschaft und Wissenschaft orientieren.⁸³ Nach langjähriger Diskussion verabschiedete die Bürgerschaft am 22. Mai 1978, zeitgleich mit dem neuen Hochschulgesetz, das Gesetz über die Technische Universität Hamburg-Harburg (TUHH).⁸⁴

Die Fachhochschule Hamburg betrachtete die Vorbereitungen und schließlich die Gründung der neuen Hochschule mit großer Skepsis. Viele Grundlagenfächer der Mathematik und Naturwissenschaften seien an der FH vertreten, viele Labore und die entsprechenden Stellen für technisches und wissenschaftliches Personal seien ebenso vorhanden. Kurz: Die Errichtung der TUHH wäre aus ihrer Sicht eine teure hochschulpolitische Fehlentscheidung, ja mehr noch: »Hochschulpolitisch [...] gesehen, wäre die Realisierung einer eigenständigen Technischen Hochschule in Harburg eine Maßnahme, die allen Integrationsbemühungen und auch den Bestrebungen, einen einheitlichen tertiären Bildungsbereich zu schaffen, entgegenliefe.«⁸⁵ Die ambitionierte Neugründung südlich der Elbe veränderte die Hamburger Hochschullandschaft. Für die Fachhochschule hatte dies zur Folge, dass sie in den folgenden Jahren einen stärkeren Wettbewerb um staatliche Zuwendungen, qualifiziertes Personal und studierwillige junge Männer und Frauen aufnehmen musste.

Mit der Universität Hamburg kooperierte die Fachhochschule in zwei hochschulübergreifenden Studiengängen, nämlich Wirtschaftsingenieurwesen und Schiffbau. Die zahlenmäßige Abnahme von Schiffbaustudenten machte die Zusam-

82 Herbert Weichmann, SPD, war von 1957–1965 Finanzsenator und von 1965–1971 Erster Bürgermeister. Vgl. Gabriellsson, Bürgermeister, S. 23. Die Idee einer zweiten Hochschule für Hamburg reicht eigentlich noch viel weiter zurück: 1928 verfasste Max Brauer, damals Oberbürgermeister Altonas, eine Denkschrift mit dem Titel »Die Technische Hochschule an der Niederelbe«.

83 Vgl. hierzu 30 Jahre TUHH, S. 2–4. Geplant war zunächst eine Hochschule für 3000 Studenten, 1983 wurde diese Zahl auf 2000 reduziert.

84 Vgl. Gesetz über die Technische Universität Hamburg-Harburg vom 22. Mai 1978, in: HmbGVBl. 1978, S. 149–152

85 Vgl. Jahresbericht 1976/77, S. 21–26

menfassung der bestehenden Ausbildungsangebote in Hamburg notwendig. Hinzu kam, dass das Schiffbaulaboratorium der Fachhochschule, das immerhin schon seit 1924 bestand, dringend einer Erneuerung und räumlichen Erweiterung bedurfte hätte, die aus Kostengründen aber nicht stattfand. So richteten das Institut für Schiffbau der Universität Hamburg und das Schiffbaulaboratorium der Fachhochschule den hochschulübergreifenden Studiengang Schiffbau ein.⁸⁶ Die Laborausbildung wurde seit 1989 an der Universität durchgeführt, das Labor der Fachhochschule nach 65 Jahren geschlossen. Gegen Ende der 90er Jahre wurde über eine Verlagerung des Schiffbaustudiums an die TUHH diskutiert und diese schließlich in die Tat umgesetzt. Seit dem Winter 2000/01 kann der Studiengang Schiffbau nur noch an der TUHH studiert werden.⁸⁷

Der zweite hochschulübergreifende Studiengang Wirtschaftsingenieur wurde im Sommersemester 1974 als fünfjähriges gemeinsames Modellprojekt der Fachhochschule Hamburg und der Universität Hamburg eingeführt. Die inhaltliche Verantwortung des Studienganges und der Unterricht lagen zu gleichen Teilen bei der Universität und der Fachhochschule. Diese bewertete den Studiengang nach Abschluss der Modellphase positiv, da die Nachfrage durch Studenten die angebotenen Plätze übersteige und die Absolventen ohne Schwierigkeiten in den Beruf fänden. Schwieriger sei allenfalls die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Hochschulen und ihren Professoren.⁸⁸ Seit 1982 beteiligte sich auch die TUHH an der Durchführung dieses Studiengangs. 1996 wurde der Studiengang neu geordnet: Im Anschluss an ein viersemestriges Grundstudium an der Fachhochschule immatrikulierten sich die Studierenden automatisch an der TUHH.⁸⁹

Ein wirtschaftswissenschaftliches Studium im engeren Sinn bot von den Hamburger Hochschulen ursprünglich die Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) an. Im Jahr 1970 nahmen dort rund 150 junge Leute ein Studium auf, heute – nach Integration der HWP in die Universität Hamburg – sind es rund 500.⁹⁰ An der HWP konnten Bewerber auch ohne Hochschulreife ein sozial- oder wirtschaftswissenschaftliches Studium aufnehmen und es als Diplom-Volkswirt, -Betriebswirt oder -Sozialwirt abschließen. Dieses Profil hatte zur Folge, dass die Fachhochschule Hamburg – anders als viele Fachhochschulen in Deutschland – keinen eigenen

86 Vgl. Kloppenburg, Schiffbaulaboratorium, S. 26/27. Der Name änderte sich: Das alte Schiffbaulaboratorium der Ingenieurschule wurde 1970 zum Labor für Schiffshydraulik der Fachhochschule. Vgl. auch Wagenbauschule, S. 21 und 26

87 Vgl. TUHH, Jahresbericht 2000/01, S. 11

88 Vgl. Jahresbericht 1980/81, S. 11

89 Vgl. www.uni-hamburg.de/hwi/press/pr_historie.html, Zugriff am 29.09.2009

90 Vgl. Stichwort Hochschule für Wirtschaft und Politik in: Hamburg-Lexikon, S. 242, siehe auch www.wiso.uni-hamburg.de, Zugriff am 02.09.2009

Studiengang Wirtschaft einrichten konnte. 1991 erhielt die HWP das Promotions- und Habilitationsrecht und zwei Jahre später den Status einer Universität. Damit eröffnete sich eine neue Chance für einen Studiengang Wirtschaft an der Fachhochschule, die sie sogleich wahrnahm. Im Wintersemester 1992/93 begann der Studiengang Technische Betriebswirtschaft, der Kern des jüngsten Fachbereichs Wirtschaft.⁹¹

Mit Blick auf die sozialpädagogische Ausbildung verdient schließlich das Rauhe Haus in Hamburg-Horn Erwähnung. Es besitzt eine bis ins 19. Jahrhundert zurückreichende Tradition in der sozialpädagogischen Arbeit und Ausbildung, die mit Johann Hinrich Wichern (1808–1882) begann. 1971 gründete das Rauhe Haus auf der Grundlage seiner schon bestehenden diakonischen Einrichtung die evangelische Fachhochschule für Sozialpädagogik. Sie hatte zu jener Zeit 97 Absolventen, heute sind es rund 300.⁹² Die Evangelische Fachhochschule (heute Evangelische Hochschule) trägt seitdem mit ihrem besonderen kirchlich-diakonischen Profil zur Vielfalt des Bildungsangebots für die sozialpädagogischen Berufe bei.

Als Mosaikstein der Hamburger Hochschullandschaft – jedenfalls mit Bezug auf die Fachhochschule und ihre Studienangebote – soll schließlich die Universität der Bundeswehr (heute Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr), genannt werden. 1973 gegründet, lag ihre besondere Aufgabe in der akademischen Ausbildung von Offizieren und Offiziersanwärtern.⁹³ Eine Konkurrenz zur Fachhochschule bestand schon allein wegen des besonderen Profils ihrer Studenten nicht.

Die Fachhochschule von innen betrachtet oder: lehren, arbeiten und studieren

Die neue Institution Fachhochschule musste ihren Platz in der Hamburger Bildungslandschaft erst finden. Das galt nicht nur mit Blick auf die anderen hier genannten Hochschulen, sondern auch nach innen. Sie zu einer Hochschule mit eigenem, unverkennbarem Profil zu führen, das betrachtete Rolf Dalheimer, der zweite, langjährige Präsident der Fachhochschule, als eine seiner wichtigsten Aufgaben.⁹⁴ Er

übernahm im Sommer 1975 – nach halbjähriger Übergangszeit – die Leitung der Fachhochschule von Dieter Haak, der nach nur vier Jahren im September 1974 zurückgetreten war.

Wo war der Platz der Fachhochschule? Diese Frage besaß in den Anfangsjahren auch eine ganz direkte, räumliche Dimension. Denn ihre Fachbereiche blieben zum großen Teil noch in den Gebäuden, die sie früher als selbständige Schulen belegt hatten. So war die Fachhochschule mit neun Standorten über die ganze Stadt verteilt.⁹⁵ Um diese Zersplitterung wenigstens teilweise aufzufangen, setzte sich Dalheimer für den Bau eines zentralen Verwaltungs- und Lehrgebäudes am Berliner Tor ein. Die Fachhochschule brauche ein neues, gut erkennbares Gesicht, so seine Argumentation.⁹⁶ Der Präsident benötigte für dieses Ziel jedoch einen außerordentlich langen Atem. Erst im Herbst 2002 wurde das Verwaltungshochhaus am Berliner Tor 5 bezogen und damit die Idee eines zentralen Standortes verwirklicht.⁹⁷ Es beherbergt seitdem das Präsidium, das heutige Department Information (ehemals Fachbereich Bibliothek und Information), das Department Wirtschaft (vormals Fachbereich Wirtschaft) und Teile des Departments Fahrzeugtechnik und Flugzeugbau sowie das hauseigene Weiterbildungszentrum WINQ.⁹⁸

Eine andere Frage, die für das Zusammenwachsen der neuen Einrichtung von großer Bedeutung war, stellte sich bei den Dozenten der Fachhochschule. Nach dem Fachhochschulgesetz von 1970 wurde die Vielzahl der an den Vorgängereinrichtungen vorgefundenen Status- und Besoldungsformen zugunsten einer einheitlichen Regelung aufgegeben. Künftig sollte nur noch zwischen Dozenten und Lehrbeauftragten unterschieden werden. Außerdem war langfristig die Überleitung aller Dozenten in eine Besoldungsordnung für Hochschullehrer geplant.⁹⁹ Dieser Plan bot allerdings nach verschiedenen Seiten hin Zündstoff. Zunächst waren die Qualifikationsvoraussetzungen der Dozenten untereinander, entsprechend dem Status der Vorgängereinrichtungen, sehr unterschiedlich: Sie reichten von handwerklicher Ausbildung bis Hochschulstudium samt Promotion und Habilitation.

1978 sollten die Dozenten der Fachhochschule beamtete Professoren auf Lebenszeit werden, auch wenn ihre Qualifikation von derjenigen der Professoren der anderen Hochschulen abwich.¹⁰⁰ Angleichung und Vereinheitlichung ihres Status

⁹¹ Vgl. Über den Tag hinaus, S. 57, und Interview Dalheimer, S. 6

⁹² Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen 1981, S. 103 und Rauhes Haus, Jahresbericht 2006–2008, S. 51

⁹³ Vgl. Universität der Bundeswehr, S. 4–8

⁹⁴ Siehe Interview Dalheimer, S. 2. Rolf Dalheimer wurde am 29. 7. 1975 nach Wahl durch das FH-Koncil vom hamburgischen Senat zum Präsidenten bestellt. Vgl. Jahresbericht 1974/75, S. 6–7

⁹⁵ Vgl. Handbuch Hamburg 1971, S. 156/157. Die Standorte 1970: Dammtorstraße 25 – Präsidium; Berliner Tor 21 – Fachbereich Maschinenbau und Chemie-Ingenieur-Technik; Elektrotechnik; Brackdamm 14/16 – Fachbereich Fahrzeugtechnik; Stiftstraße 69 – Fachbereich Schiffsbetriebstechnik; Steintorplatz 2 – Fachbereich Produktions- und Verfahrenstechnik; Rainvilleterrasse 4 – Fachbereich Seefahrt; Hebebrandstr. 1 – Fachbereich Bau- und Vermessungswesen; Karl-Muck-Platz 1 – Fachbereich Sozialpädagogik; Grindelhof 30 – Fachbereich Bibliothekswesen; Armgartstraße 24 – Fachbereich Gestaltung; Brekelbaums Park 6 – Fachbereich Ernährung und Hauswirtschaft.

⁹⁶ Vgl. Interview Dalheimer, S. 4

⁹⁷ Vgl. Fachhochschule 93/2001, S. 3

⁹⁸ WINQ steht für »Weiterbildung, Information, Qualifizierung« und führt die Arbeit des 1995 aufgelösten Instituts für Kontaktstudien fort. Vgl. dazu Fachhochschule 83/1996, S. 3

⁹⁹ Vgl. Senat, Bildungsbericht, S. 76

¹⁰⁰ Vgl. Jahresbericht 1976/77, S. 93 und Hamburgisches Hochschulgesetz vom 22. Mai 1978, § 160

galt nun auch in Bezug auf die Professorenschaft der Universität, die ganz andere Berufsvoraussetzungen mitbrachte. Statuskonflikte zwischen diesen beiden Gruppen waren also vorprogrammiert. Verwaltungsintern gestalteten sich die Fragen zu Status und Bezahlung der FH-Dozenten daher als ein jahrelanges, alle Seiten belastendes Tauziehen.¹⁰¹ Schließlich wurde eine Lösung gefunden, die der Präsident rückblickend »wie ein rohes Ei« durch seine Amtszeit trug und nicht antastete.¹⁰²

Die Arbeit der Professoren wurde und wird in den einzelnen Fachbereichen durch eine Vielzahl von Laboren unterstützt. Besonders hier, im praxisnahen Unterricht, lebt die Ausbildungskonzeption der Vorgänger-Schulen weiter. Hochqualifizierte Labormitarbeiter, die zum Teil auch in der Lehre tätig sind, tragen erheblich zum Profil der Fachhochschule bei.

Schließlich verdient eine weitere Personengruppe Beachtung: die Lehrbeauftragten. Sie waren und sind häufig Experten, die zusätzlich zu einer Berufsarbeit, aber auch auf freiberuflicher Basis, Lehraufgaben an der Fachhochschule übernehmen.

Eine Übersicht über die Zahl der Studierenden, die Zu- und Abnahmen in den einzelnen Personalbereichen gibt die folgende Tabelle.

Studierende und Personal der FH/HAW 1975–2005

Jahr	1975/76	1990	2005
Studierende	5840	13500	13500
Professoren	–	499	430
Lehrbeauftragte	304 ¹⁰³	300	585 ¹⁰⁴
Wissenschaftliche und künstlerische/ akademische Mitarbeiter	561	100	151,75
Nichtwissenschaftliches/technisches und Verwaltungspersonal	274	266	231,85
Präsidialverwaltung/ Zentrale Hochschulverwaltung	75	k. A.	135,35

Quelle: 1975 – Gesamthochschulplan, S. 83–84; für 1975/76 wurde wissenschaftliches und künstlerisches Personal zusammengezählt, da es formal noch keine Professoren gab. Das übrige Personal wurde als »nichtwissenschaftliches« Personal geführt. 1990 – FH Hamburg, 20 Jahre, S. 4–5; 2005 – Geschäftsbericht 2004/05, Anhang, S. 46–48.

101 Vgl. Jahresbericht 1974/75, S. 113 und Interview Dalheimer, S. 1

102 Interview Dalheimer, S. 4

103 Angabe nach Jahresbericht 1974/75, S. 122

104 Angabe für das Jahr 2009, Vgl. www.bui.HAW-hamburg.de/geschichte.html, Zugriff am 13. 10. 2009

Auf den ersten Blick lässt sich feststellen: Innerhalb von dreißig Jahren hat sich die Zahl der Studierenden an der Fachhochschule mehr als verdoppelt. Annähernd verdoppelt hat sich auch die zentrale Hochschulverwaltung. Die Stellen für wissenschaftliches und künstlerisches Personal stiegen – nimmt man nur die Angaben für 1990 und 2005 – um rund 50 Prozent. Demgegenüber sanken die Professorenstellen ebenso wie die Stellen für technisches und Verwaltungspersonal. Die Anzahl der Lehrbeauftragten nahm mit aller Wahrscheinlichkeit immer mehr zu. Zwar stehen keine Angaben aus dem Jahr 2004 zur Verfügung, doch die hohe Zahl des Jahres 2009 unterstützt diese Annahme.

Seit den 70er Jahren hat sich die Zahl der Studierenden nicht nur verdoppelt, die Studentenschaft hat sich auch in mehrfacher Hinsicht verändert. Anders als in den Vorgänger-Einrichtungen genügten nicht mehr das Zeugnis der Mittleren Reife und eine Lehre, sondern es war die Fachhochschulreife, der Abschluss einer 12. Klasse, gefordert. Immer mehr Studienanfänger an der Fachhochschule brachten sogar das Abitur mit. Einige wenige Daten sollen das belegen: 1971 betrug an der Fachhochschule Hamburg der Anteil der Studienanfänger mit Abitur rund 9 Prozent, 1979 waren es rund 31 Prozent.¹⁰⁵ Heute liegt der Anteil bei weit über 60 Prozent.¹⁰⁶ Die gleiche Entwicklung, nämlich ein höherer Anteil von Studierenden mit Abitur, zeigte sich auch bundesweit.¹⁰⁷

Über die Jahre hinweg, besonders seit den 90er Jahren, entschieden sich auch immer mehr junge Frauen für ein Fachhochschulstudium. Mitte der 70er Jahre waren es 27 Prozent, 1990 gar nur 25 Prozent, 1995 schon 30 Prozent und 2005 37 Prozent.¹⁰⁸ Zum Vergleich: Im Wintersemester 2004/2005 waren von den Studierenden sämtlicher Hamburger Hochschulen 46 Prozent weiblich. Dass der Anteil von Frauen an der Studentenschaft der Fachhochschule bzw. der HAW Hamburg unter dem Durchschnitt liegt, ist nicht erstaunlich. Nach wie vor sind die Präferenzen von jungen Männern und jungen Frauen recht deutlich. Während Frauen sich gerne für ein Studium im Bereich der sozialen Arbeit oder des Bibliotheks- und Informationswesens oder der Gestaltung entscheiden – um nur wenige Beispiele zu nennen –, sind sie nur in kleiner Zahl an den Ingenieur-Fachbereichen zu finden. Diese bilden aber das Gros aller Studenten an der HAW Hamburg aus.¹⁰⁹

105 Vgl. Fachhochschule. 20 Jahre, S. 22

106 Nach der Geschäftsstatistik der HAW Hamburg für das Sommersemester 2009 betrug der Anteil der Erstsemester mit allgemeiner Hochschulreife für die BA-Studiengänge rund 61 Prozent, für die Master-Studiengänge rund 96 Prozent.

107 Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen 1981, S. 167 sowie Tabelle 3, S. 206

108 Vgl. Studentinnen und Studenten, Tabellen 2 und 3; Zahlen für 1995 nach: Über den Tag hinaus, Einzelangaben summiert.

109 Vgl. Bericht der Frauenbeauftragten, in: Zweiter Frauenförderplan, S. 10–11

Wie steht es mit den ausländischen Studierenden an der Fachhochschule bzw. der HAW Hamburg? Sie stellten im Sommer 1977 etwa neun Prozent aller Studierenden.¹¹⁰ Beinahe 40 Jahre später, 2005, lag der Anteil der ausländischen Studierenden bei rund 14 Prozent.¹¹¹ Im Durchschnitt aller Studierenden an allen Hamburger Hochschulen waren es 13 Prozent.¹¹²

Zugespitzt könnte man es so formulieren: Die Studentenschaft der HAW Hamburg ist heute besser vorgebildet, weiblicher und auch internationaler als vor 40 Jahren.

Praxisnahe Ausbildung

Auftrag der Fachhochschule war und ist das praxisnahe Studium auf wissenschaftlicher Grundlage. In den Vorgänger-Einrichtungen war diese Nähe zur beruflichen Praxis sowohl durch die Studierenden – sie hatten in aller Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung vorgeschaltet – als auch durch die Dozenten gewährleistet. Deren langjährige praktische Erfahrung in der Industrie war die entscheidende Voraussetzung für ihre Lehrtätigkeit.

Mit den 70er Jahren änderte sich dies. Die Dozenten bzw. die Professoren der Fachhochschule mussten nun zusätzlich zu ihrer Berufspraxis in der Regel ein wissenschaftliches Studium nachweisen. Auch sollten sie ihre Vorlesungen mehr an das Niveau der Hochschulen anlehnen als früher – diesem Anspruch kam der Senat 1975 übrigens durch die Absenkung des Lehrdeputats von 23 auf 18 Semesterwochenstunden entgegen.¹¹³ Die Studierenden hatten durch die veränderten Zugangsvoraussetzungen in aller Regel nicht mehr so viel Erfahrung in der Berufspraxis wie ihre Kommilitonen noch wenige Jahre zuvor. Sie absolvierten ein Studium, in dem theoretische Bildung einen immer höheren Stellenwert genoss. Die Gewichte zwischen Theorie und Praxis verschoben sich.

Schon bald sah sich der Präsident der Fachhochschule veranlasst, auf diese Gewichtsverlagerung mahnend hinzuweisen. Die Fachhochschule sei in Gefahr, ihr spezifisches Profil zu verwischen und langfristig die Berufschancen ihrer Absol-

110 Zahlen nach Jahresbericht 1978/79, S. 37 und Jahresbericht 1976/77, S. 100. Von insgesamt 6.336 Studierenden waren 577 ausländischer Herkunft.

111 Vgl. Studentinnen und Studenten, Tabelle 3, S. 5. Demnach sind an der HAW Hamburg im WS 2004/05 11.868 deutsche (7.481 m/4.387 w) und 1.946 ausländische Studierende (1.182 m/764 w) eingeschrieben.

112 Vgl. Studentinnen und Studenten, Tabelle 1, S. 1 und Tabelle 5, S. 22. Demnach sind von insgesamt 69.617 Studierenden 9.000 ausländischer Nationalität.

113 Vgl. Studienreform, S. 17

venten zu schmälern: »Fachhochschulstudium ohne hinreichenden Praxisbezug könnte nur ›Kurzstudium à la HRG‹ bedeuten und Verfestigung von Strukturen, die darauf angelegt sind, einen formalen Bildungsanspruch zu befriedigen, ohne die Möglichkeiten beruflicher Tätigkeit zu beachten.«¹¹⁴ Auf die eine oder andere Weise musste die Verbindung zur praktischen Berufswelt wieder enger geknüpft werden. Nach intensiven Beratungen im Fachhochschulsenat, mit Vertretern der Wirtschaft und der Behörde für Wissenschaft beschloss die Fachhochschule 1978 die Einführung von hochschulgelenkten Praxissemestern zwischen dem 4. und 5. Semester für mindestens 20 Wochen. Außerdem wurden Abiturienten, die sich für ein Fachhochschul-Studium entschieden, aber keine Erfahrungen im beruflichen Alltag besaßen, verpflichtet, ein mindestens 20-wöchiges Grundpraktikum vor dem Beginn der theoretischen Ausbildung zu absolvieren.¹¹⁵

Das hochschulgelenkte Praktikum für die Dauer eines Semesters in der Mitte des Studiums, also im vierten Semester, galt lange Zeit als charakteristisches Merkmal des Fachhochschulstudiums. Durch die allmähliche Umstellung auf Bachelor- (7 Semester) und Master-Studiengänge (3 Semester) zu Beginn unseres Jahrtausends verschwand diese einheitliche Festlegung: Die einzelnen Fachbereiche entscheiden seitdem selbst über die Art und Dauer des Praktikums. Parallel dazu ist ein neuer Trend zu beobachten: Seit einigen Jahren bietet die Hochschule sogenannte duale Studiengänge (Hochschulstudium plus betriebliche Ausbildung) an.¹¹⁶ Sind diese möglicherweise eine moderne Antwort auf das Bedürfnis nach einem praxisnahen Studium, das Studierende, aber auch Betriebe äußern?

Forschung an der Fachhochschule

Neben der praxisnahen Ausbildung zählte die Fachhochschule seit jeher auch die anwendungsbezogene Forschung zu ihren Aufgaben. So stand es im Fachhochschulgesetz von 1970. Das reformierte Hochschulgesetz von 1978 bestätigte dieses Recht, beließ es allerdings bei einer vagen Kann-Bestimmung. Forschungs- und Entwicklungsaufgaben an der Fachhochschule galten dem Gesetzgeber als Kür

114 Jahresbericht 1976/77, S. 29/30 (Zitat); vgl. auch Jahresbericht 1974/75, S. 40–42, 99–101

115 Jahresbericht 1976/77, S. 30 und Fachhochschule. 20 Jahre, S. 22

116 Vgl. Geschäftsbericht 2004/2005, S. 23

und nicht als Pflicht.¹¹⁷ Aus Sicht der Fachhochschule war das die falsche Richtung: Die Folge würde sein, so argumentierte sie, dass diese für die eigene Qualitätssicherung und Weiterentwicklung so notwendigen Aufgaben nur in geringem Umfang durchgeführt werden könnten und dass die Professoren sich auf die reine Weitergabe von Wissensstoff beschränken müssten. Auf Dauer müsse man um das Niveau der Ausbildung und damit um die Zukunft der Fachhochschule fürchten.¹¹⁸

Anfang der 80er Jahre trat der Wissenschaftsrat mit Empfehlungen zur Zukunft der Fachhochschulen an die Öffentlichkeit. Sie seien Bildungseinrichtungen »neben den anderen Hochschulen, sind ihnen aber weder vor- noch untergeordnet«. ¹¹⁹ Die Fachhochschulen sollten ihr besonderes, anwendungs- und berufsbezogenes Bildungsangebot beibehalten und weiterentwickeln. Diesem Ziel müsse auch ihre Forschung gelten, im Unterschied zu der Grundlagenforschung an den Universitäten. Allerdings verschwieg der Wissenschaftsrat nicht, dass es den Fachhochschulen mitunter sehr schwer falle, ihre Forschungsaufgaben wahrzunehmen. Dafür machte er nicht zuletzt die »geringe Bereitschaft staatlicher Instanzen, anwendungsbezogene Forschung im Fachhochschulbereich zu fördern«, verantwortlich.¹²⁰

Die Fachhochschule Hamburg blieb auch in den kommenden Jahren bei ihrem Kurs. Im Jahr 1990 hielt sie fest: »Jede zweite ingenieurwissenschaftliche Diplomarbeit behandelt Fragen aus der Industrie. Forschungs- und Entwicklungsarbeit findet – trotz der hohen Lehrbelastung – auf Einzelinitiative statt oder ist Institutsaufgabe.«¹²¹ Seit 1992 beteiligte sie sich an einem vom Bundesforschungsministerium aufgelegten Programm zur anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung mit regelmäßigen Anträgen auf Förderung. Die hauseigene FachHochschulzeitung berichtete, dass die Bewilligungsquote im Zeitraum zwischen 1992 und 2000 deutlich über dem Bundesdurchschnitt lag: »Während bundesweit die Bewilligungsquote im Schnitt bei 14,4 % lag, erreicht die FH 22,4 %.«¹²²

Was war mit denjenigen jungen Männern oder Frauen, die an einer Fachhochschule forschen und sich wissenschaftlich weiterqualifizieren, also promovieren wollten? Dieses Recht wurde lange Zeit als Kernbestand der Universitäten und der ihnen gleichgestellten Hochschulen begriffen. Infolgedessen mussten interessierte

117 Vgl. Hamburgisches Hochschulgesetz vom 22. Mai 1978, Teil 1, § 4, in: HmbGVBl. 1978, S. 110

118 Vgl. Jahresbericht 1976/77, S. 5–7 und 26–28

119 Wissenschaftsrat, Empfehlungen 1981, S. 25; vgl. auch S. 19–21

120 Ebenda, S. 21

121 Fachhochschule. 20 Jahre, S. 28

122 FachHochschule 91/2000, S. 29

Fachhochschulabsolventen vor ihrer Zulassung zur Promotion erst noch ein Universitätsdiplom erwerben – ein mitunter sehr steiniger Weg.

In der hochschulpolitischen Diskussion über dieses Thema ist seit den 90er Jahren ein allmähliches Umdenken festzustellen. 1991 beschrieb der Wissenschaftsrat die Situation für die promotionswilligen Absolventen der Fachhochschulen lediglich als »unbefriedigend«. ¹²³ Zehn Jahre später, im Jahr 2001, äußerte er sich klarer: Hochschul- und wissenschaftspolitisch bestehe mittlerweile Konsens, dass Fachhochschulabsolventen Zugang zur Promotion ohne den Umweg über einen vorherigen Universitätsabschluss erhalten sollten. Ein solcher Zugang sei bereits seit 1994 prinzipiell möglich, bleibe aber in der konkreten Umsetzung den einzelnen Universitäten bzw. Hochschulen überlassen, mithin – so darf man vermuten – ihrer Bereitwilligkeit und der ihrer Professoren. ¹²⁴

In Hamburg suchte man derweil nach pragmatischen Lösungen, sei es individuell, sei es auf der Ebene der Institution. So promovierte 1996 eine Absolventin des Fachbereichs Bibliothek und Information am Fachbereich Bibliothekswissenschaft der Humboldt-Universität Berlin. ¹²⁵ In den nächsten Jahren verbesserte sich die Situation: 2004/2005 wurden drei Promotionen von Absolventen der HAW Hamburg abgeschlossen, mehr als 30 Doktorandinnen und Doktoranden aus allen Fachbereichen arbeiteten an ihrer Promotion, in Kooperation mit verschiedenen Universitäten. ¹²⁶

Gewinne und Verluste

Zu ihrem 20-jährigen Bestehen im Jahr 1990 stellte sich die Fachhochschule mit 13 Fachbereichen vor, die sie in beachtlicher Kontinuität über fast 20 Jahre hinweg beibehalten hatte. ¹²⁷ Nach der Phase des Aufbaus und der Konsolidierung veränderte sie sich nun aber, seit den 90er Jahren, mit größerer Dynamik, die am Studienangebot ablesbar war. Die Fachhochschule begründete dies damit, dass sie sich an Berufsfeldern orientieren und damit die Bildungswege ihrer Studenten dem veränderten Arbeitsmarkt anpassen müsse.

²³ Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen 1991, Zusammenfassung S. 15

²⁴ Vgl. Wissenschaftsrat, Empfehlungen 2001, S. 55–57

²⁵ Vgl. dazu FachHochschule 85/1997, S. 31.

²⁶ Vgl. Geschäftsbericht 2004/2005, S. 30

²⁷ Vgl. Fachhochschule Hamburg. 20 Jahre, S. 23

Im Hintergrund standen allerdings auch die bildungspolitischen Vorgaben des hamburgischen Senats. Dieser veröffentlichte 1992 seine Struktur- und Entwicklungsplanung für den Hamburger Hochschulbereich unter dem Titel »Hamburger Hochschulen auf dem Weg ins Jahr 2000«. Die Hochschulen sollten im Wesentlichen mit den vorhandenen Mitteln und dem vorhandenen Personal auskommen und nicht mehr Studenten ausbilden als zuvor. Künftige Entwicklungen seien »kostenneutral auszugleichen«. Während andere Länder ihre Fachhochschulen ausbauten – sie setzten damit die Empfehlungen des Wissenschaftsrates um – verharnte Hamburg auf dem Status quo.¹²⁸

Unter den gegebenen Umständen war an eine Weiterentwicklung der Fachhochschule nur zu denken, wenn sie mit ihren Möglichkeiten noch effektiver arbeitete. Zu diesem Zweck verabschiedete die Fachhochschule im Dezember 1993 ein eigenes Struktur- und Entwicklungskonzept.¹²⁹ Das Konzept kündigte Veränderungen auf mehreren Ebenen an: z. B. bei der Organisation des Studiums für die einzelnen Studenten, bei der Verteilung der Lehre auf Professoren und Lehrbeauftragte, beim Studienangebot. Neuerungen mussten aus eigener Kraft, letztlich also mit der Aufgabe von Bestehendem gegenfinanziert werden. Dem Auf- und Ausbau bestimmter Studiengänge auf der einen Seite standen daher der Rückgang und manchmal die gänzliche Schließung anderer Studiengänge gegenüber.¹³⁰ Es gab Gewinner und Verlierer.

Einige Beispiele: Im Fachbereich Bibliothekswesen wurde 1993 der Studiengang Mediendokumentation eröffnet; der Fachbereich entwickelte sich zum Fachbereich Bibliothek und Information. Er antwortete damit auf die neuen Anforderungen, die an Bibliotheken wie überhaupt an die Dokumentation und Recherche von Informationen gestellt werden. Prägnant formulierte der Fachbereich das Berufsbild seiner Absolventen: sie seien »Lotsen in der Informationsgesellschaft«.¹³¹

Ein weiteres Beispiel: Im Sommer 1996 kam zum Fächerkanon des Fachbereichs Sozialpädagogik der Studiengang Pflege und Gesundheit hinzu, anfänglich mit 27 Studierenden, von ihnen mehr als zwei Drittel Frauen. Vier Jahre später, im Jahr 2000, belegten bereits 400 Frauen und Männer dieses Studium.¹³² Damit reagierte die Fachhochschule auf neue, vor allem von Frauen nachgefragte Berufs-

bilder und auf Entwicklungen im Gesundheitswesen, wie z. B. die veränderten Anforderungen an das Pflegepersonal in Krankenhäusern.

Mancher Fachbereich veränderte sich so stark, dass seine Wurzeln nicht mehr zu erkennen waren. Ein Beispiel dafür ist das heutige Department Medientechnik. Ganz am Anfang stand 1970 die Schiffsbetriebstechnik, zu der bald die Anlagenbetriebstechnik hinzukam. Seit 1991 konzentrierte sich der Fachbereich allein auf Anlagen- und Medienbetriebstechnik und gab seinen alten Kern auf.¹³³ 1975 hatte er 181 Studenten, 1980 waren es bereits 302 junge Männer und Frauen, 1995 sogar 773.¹³⁴ Der Fachbereich hatte sich von seinen Ursprüngen entfernt, aber er konnte im Wandel bestehen.

Anders war es am Fachbereich Seefahrt. Dort studierten im Jahr 1975 194 Studenten, im Jahr 1995 noch 95.¹³⁵ 1989/90 startete der Fachbereich den Pilotstudiengang Schiffsbetrieb. Er richtete außerdem die weltweit modernste Schiffsführungs- und Simulationsanlage (SUSAN) ein, die auf Planungen aus den 70er Jahren zurückgeht. Noch 1995 bezeichnete die Fachhochschule ihren Fachbereich Seefahrt als die größte nautisch-technische Ausbildungsstätte in Deutschland. Die Veränderungen in der internationalen Seefahrt hatten jedoch zur Folge, dass sich immer weniger junge Leute für das Studium anmeldeten. Am 1. März 1996 wurde der Fachbereich mit der ältesten Tradition geschlossen.¹³⁶

Der Fachbereich Seefahrt unterhielt seit 1994 außerdem das Institut für Schiffsführung, Seeverkehr und Simulation (ISSUS). Dieses Institut übernahm nach der Schließung des Fachbereichs Seefahrt die Ausbildung von 56 angehenden Nautikern, mit 9 Professoren und 2 Lehrbeauftragten.¹³⁷ Eine Zukunft hatte es trotzdem nicht. Der Geschäftsbericht des Jahres 2004 erwähnte kurz die Abwicklung des Instituts. Die mit ihm verbundene »forschung-intensive Professur« wurde an die TUHH verlagert.¹³⁸

Die Auflösung des Traditions-Fachbereiches Seefahrt und des angeschlossenen Instituts gehörte sicherlich zu den dramatischen und für die Betroffenen schmerzlichen Veränderungen in der Geschichte der Fachhochschule. Daneben gab es Veränderungen, die sich zwar langsam, aber kontinuierlich vollzogen. Ein Beispiel hierfür ist die gestiegene Achtsamkeit, die seit den 90er Jahren der beruflichen Kar-

128 Vgl. Fachhochschule Hamburg, Struktur und Entwicklung, S. 6 (Zitat) sowie Wissenschaftsrat, Empfehlungen 1991, Zusammenfassung, S. 8–9

129 Vgl. FachHochschule 78/1994, S. 1–3; siehe auch 83/1996, S. 3–4 und 85/1997, S. 6–8; außerdem Jahresbericht 1995/96, S. 42–43

130 Vgl. Jahresbericht 1990/91, S. 63 ff.

131 Vgl. FachHochschule 91/2000, S. 10–11

132 Vgl. ebenda, S. 6–8

133 Vgl. über den Tag hinaus, S. 17

134 Vgl. für 1975 Gesamthochschulplan, S. 83/84 und für 1980 75 Jahre Ingenieurausbildung, o. S., für 1995 Über den Tag hinaus, S. 17.

135 Vgl. für 1975 Gesamthochschulplan, S. 83/84 und für 1995 Über den Tag hinaus, S. 37

136 Vgl. 250 Jahre Seefahrtausbildung, S. 112 und FachHochschule 83/1996, S. 4

137 Vgl. 250 Jahre Seefahrtausbildung, S. 114

138 Vgl. Geschäftsbericht 2004/2005, S. 28 und 30

riere von Frauen an der Fachhochschule gilt.¹³⁹ 1991 beschloss die Fachhochschule als erste Hamburger Hochschule Grundsätze zur Frauenförderung, sie richtete die Stelle einer Frauenbeauftragten ein und entwickelte einen Frauenförderplan, der gleichermaßen für das Hochschulpersonal wie die Studierenden galt. Frauenförderung hatte – gerade im Bereich der akademischen Karriere – viel mit Geduld zu tun: Zwischen 1993 und 1998 kamen zu den 49 an der Fachhochschule tätigen Professorinnen lediglich zwei hinzu. Im Jahr 2001 mahnte der neue Präsident der Fachhochschule, Hans-Gerhard Husung, dass eine zukunftsorientierte Bildungseinrichtung auf die Kreativität und Kompetenz der Frauen nicht verzichten könne. Die Fachhochschule stellte in der Folgezeit Mittel für drei Frauenförderprofessuren sowie eine C3-Professur »Gender und Technik« zur Verfügung.¹⁴⁰

Ein anderes Beispiel ist die höhere Aufmerksamkeit, die der Qualitätsverbesserung in der Lehre entgegengebracht wurde und wird. Seit 1995 unterstützt die Arbeitsstelle Studium und Didaktik die Fachbereiche und die Präsidialverwaltung, aber auch Einzelpersonen hierbei.¹⁴¹ Im Juni 1996 fand auch die Evaluation Eingang in die Arbeit der Hochschule. In dreijähriger Projektlaufzeit wurden Lehre und Studium an allen Fachbereichen auf den Prüfstand gestellt.¹⁴² Mittlerweile hat sich daraus die Arbeitsstelle EQA (Evaluation, Qualitätsmanagement, Akkreditierung) entwickelt, die sich mit der Qualitätsüberprüfung und -entwicklung in Lehre und Studium befasst.¹⁴³

Schließlich muss hier von einer besonderen, kleinen, aber wirkungsvollen Veränderung die Rede sein, dem neuen Namen. Nachdem der langjährige Präsident Rolf Dalheimer im Jahr 2000 in den Ruhestand getreten war, setzte sein Nachfolger im Amt, Dr. Hans-Gerhard Husung, die schon lange gewünschte Namensänderung durch. Husung, der für die nächsten drei Jahre die Fachhochschule leitete, führte im Jahr 2001 den Namen Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg ein. Auf internationaler Ebene sollte der neue Name endlich mit dem noch immer vorhandenen Missverständnis aufräumen, es handele sich um eine Art höhere Schule. Nach innen betonte er, was seit eh und je Anliegen der Fachhochschule war: eine Hochschule eigener Art neben den anderen Hochschulen zu sein. So gesehen, ist der neue Name auch Ausweis eines gewachsenen Selbstbewusstseins.

139 Vgl. zu diesem Abschnitt Jahresbericht 1990/91, S. 47, FachHochschule, 87/1998, S. 22 und FachHochschule 92/2001, S. 27–28

140 Vgl. Geschäftsbericht 2004/2005, S. 38–39

141 Vgl. FachHochschule 83/1996, S. 10–11

142 Vgl. FachHochschule 86/1997, S. 6, FachHochschule 88/1999, S. 8–11 und 92/2001, S. 12–13

143 Vgl. Geschäftsbericht 2006/2007, S. 29/30

Neue Weichenstellungen

Im Januar 2003 veröffentlichte eine Expertenkommission unter der Leitung des ehemaligen Hamburger Bürgermeisters Klaus von Dohnanyi Vorschläge für die Reform des gesamten Hamburger Hochschulwesens. Sie tat dies im Auftrag der Wissenschaftsbehörde und in Zusammenarbeit mit den betroffenen Hochschulen.¹⁴⁴ Ihre Empfehlungen dienten Senat und Bürgerschaft fortan als Grundlage für die Hochschulgesetzgebung.¹⁴⁵

Im Einzelnen empfahl sie die flächendeckende Einführung des Bachelor-/Master-Systems, sie forderte mehr Betreuung für die Studenten, damit mehr als bisher ihr Studium erfolgreich abschließen könnten; künftig sollten sich die Hochschulen Hamburgs in ihren Fächerausrichtungen stärker konzentrieren und ihre Forschungsleistungen steigern, sie sollten außerdem internationaler werden. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, bräuchten die Hochschulverwaltungen leistungsfähige interne Willensbildungs- und Entscheidungsstrukturen, die vorhandenen Gremienstrukturen sollten dagegen zurückgenommen werden. Außerdem sei die Selbstverantwortung der Hochschulen im Verhältnis zur staatlichen Aufsicht neu zu bestimmen, d. h. zu stärken.

Der geplante Umbau sollte, so die politische Vorgabe, mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen zu bewältigen sein, gleichzeitig aber die Hochschulen, das Studienangebot und die Studienbedingungen verbessern. Die Kommission war sich dieser »Quadratur des Kreises«, wie sie selbst formulierte, sehr bewusst, glaubte aber, dass mit einer Mischung aus mehr Effektivität in der Organisation, Umverteilung innerhalb der einzelnen Hochschulen und Berücksichtigung demografischer Veränderungen diese Aufgabe zu lösen sein werde.¹⁴⁶

In der Analyse und in den Lösungsansätzen nahm sie ihrerseits die seit einiger Zeit schwebende Diskussion unter Bildungsexperten und Bildungspolitikern um die Probleme der deutschen Hochschulen auf. Die deutsche Gesellschaft sei als Wissensgesellschaft darauf angewiesen, dass mehr junge Menschen als bisher studierten und mehr von ihnen als bisher ihr Studium erfolgreich abschlossen. Diese Aufgaben erfüllten die Hochschulen aber längst nicht gut genug. Sie galten vielfach

144 Vgl. Strukturreform, S. 1. Es waren die Universität Hamburg, die Technische Universität Hamburg-Harburg (TUHH), die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg), die Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP), die Hochschule für bildende Künste (HfbK) und die Hochschule für Musik und Theater (HfMT).

145 Vgl. Hamburgisches Hochschulgesetz in der Fassung vom 27. Mai 2003 und Gesetz zur Fakultätenbildung an den Hamburger Hochschulen vom 4. Mai 2005

146 Vgl. ebenda, S. 3–8 und 43–46, Zitat S. 8

als wenig effektive, schwerfällige, wenn nicht gar schon unmanövrierbare Institutionen. Über kurz oder lang sei aber ein Mentalitätswechsel notwendig: Wie die Gesellschaft insgesamt müssten sich auch die Hochschulen auf den nationalen und internationalen Wettbewerb einlassen.¹⁴⁷

Dieser deutschen Diskussion korrespondierte auf europäischer Ebene die so genannte Bologna-Erklärung zum europäischen Hochschulraum, die von den europäischen Bildungsministern im Juni 1999 unterzeichnet wurde.¹⁴⁸

Angesichts ihrer Tragweite stießen die seitdem eingeleiteten Maßnahmen auf viel Kritik. Neben grundsätzlicher Ablehnung an der Richtung stand Unbehagen an den eingeschlagenen Mitteln und Wegen. Grundsätzliche Kritik entzündete sich etwa an den veränderten Entscheidungsprozessen innerhalb der Hochschulen, die die überlieferte Selbstverwaltung zugunsten der Entscheidungsmacht der Hochschulleitungen beschnitten. Hinzu kam Kritik an der Umsetzung: z. B. ein erheblich gesteigerter Leistungs- und Prüfungsdruck auf Seiten der Studierenden, eine zu große Arbeitsbelastung und unklare Zuständigkeiten auf Seiten der Lehrenden.¹⁴⁹

Die hier nur skizzierten Veränderungen haben auf das Selbstverständnis der Universitäten als Stätten des freien – und das heißt auch zeitintensiven, nicht unmittelbar zweckgebundenen – Studierens, Lehrens und Forschens sicherlich eine stärkere, teilweise provozierende Rückwirkung als auf die Fachhochschulen. Denn diese sind an ein straff organisiertes Studium und an seinen praktischen Nutzen im späteren Beruf selbstverständlich gewöhnt – beides entspricht ausdrücklich dem Selbstverständnis der Fachhochschulen. Insofern fiel ihnen der eingeleitete Strukturwandel möglicherweise leichter.

Die Fachhochschule Hamburg begann bereits frühzeitig mit der Anpassung des Studiums an das Bachelor-/Master-System. Seit 1999 stellte sie jährlich einige Studienprogramme um. Im Winter 2006/07 hatte sie diesen Prozess abgeschlossen – als eine der ersten deutschen Hochschulen.¹⁵⁰ Seit dem 1. Juni 2004 steht mit Michael Stawicki ein neuer Präsident an der Spitze der Fachhochschule – jetzt Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg. In seine Amtsperiode fällt die weitere Anpassung der Hochschule an die Vorgaben des Hamburger Hochschulgesetzes. In den Jahren ab 2004 ordnete die HAW Hamburg ihre Leitungsstruktu-

ren und die Abgrenzung der einzelnen Fachbereiche neu.¹⁵¹ Die 14 Fachbereiche, die seit Beginn der 90er Jahre existierten, wurden schrittweise zusammengefasst in vier große Fakultäten mit heute insgesamt 18 Departments, in denen die Lehre organisiert wird. Sie werden seitdem geleitet von hauptamtlichen Dekanen. Für die Fachbereiche, die jetzt einer Fakultät angehören, bedeutete dies das Ende langjähriger Selbständigkeit. Begleitet wurde die Umstrukturierung überdies durch die Herauslösung von Fächern aus der HAW Hamburg, die zu ihrer Tradition gehört hatten: die Fachbereiche Architektur, Bauingenieurwesen und Geomatik wurden in die neue Institution HafenCity-Universität integriert.

Schlussbetrachtung

Die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg hat einen weiten Weg hinter sich. Nach dem Krieg wurden die Höheren Fachschulen mit sehr viel Mühe wieder aufgebaut; sie etablierten sich in Hamburg als hochangesehene Schulen des beruflichen Bildungswesens. Die erste große Bildungsreform der 60er Jahre wertete die Ausbildung dieser Schulen auf, nahm ihnen aber mit einem neuen Konzept zugleich die eigenständige Zukunft. Sie gingen als »Traditionsbestand« in die neue Fachhochschule ein und gehörten fortan zu den Hamburger Hochschulen.

Für viele junge Menschen erwies sich das Konzept einer anspruchsvollen und gleichzeitig praktisch orientierten Hochschulbildung als stimmig: Innerhalb von 40 Jahren verdoppelte sich die Zahl der Studierenden an der Fachhochschule Hamburg. Das Niveau ihrer Ausbildung stieg weiter an, ganz allmählich eröffnete sich durch die Zusammenarbeit von Fachhochschule und Universitäten für die besten Absolventen die Möglichkeit zu promovieren. Die Bedeutung anwendungsorientierter Forschung nahm gerade in den letzten Jahren stark zu. Zudem blieb die für das Studium an der HAW Hamburg prägende Praxisphase erhalten, sie ist heute – je nach Studiengang unterschiedlich ausgestaltet – in die mehrheitlich siebensemestrigen Bachelor-Studiengänge integriert.

¹⁴⁷ Vgl. Mayer, Hochschulwesen, S. 600–603, siehe auch Wissenschaftsrat, Empfehlungen 2002, S. 81–88, für Hamburg siehe Strukturreform, S. 13

¹⁴⁸ Vgl. Füssel/Leschinsky, Rahmen, S. 139 und Mayer, Hochschulwesen, S. 623

¹⁴⁹ Vgl. Füssel/Leschinsky, Rahmen, S. 141 und Mayer, Hochschulwesen, S. 601

¹⁵⁰ Vgl. Geschäftsbericht 2006/2007, S. 28. Bundesweit entsprach Anfang 2007 knapp die Hälfte aller Studiengänge dem neuen Muster (auch die Universitäten mitgezählt). Vgl. Mayer, Hochschulwesen, S. 623

¹⁵¹ Vgl. zu diesem Abschnitt Geschäftsbericht 2004/2005, S. 18–20 und Gesetz zur Fakultätenbildung an den Hamburger Hochschulen vom 4. Mai 2005, S. 191–194

Nach den Reformen der 60er und frühen 70er Jahre befindet sich das deutsche Hochschulwesen seit einiger Zeit erneut in einem tiefen Wandel, mit dem Verlust auf der einen, Aufbruch auf der anderen Seite verbunden sind. Es ist eine Bewährungsprobe. Auch die HAW Hamburg durchläuft diesen Prozess. Sie ist dabei, sich neu zu organisieren und ihr Profil weiterzuentwickeln. Sie muss auf diesem Weg ihre Angehörigen mitnehmen und Fehlentwicklungen korrigieren. Inmitten all dieser Veränderungen bleibt ihre vornehmste Aufgabe: den Studierenden ein erstklassiges Studium und damit bestmögliche Chancen für ihr Berufsleben zu bieten. ■■■

SIGRID SCHAMBACH

Dr. phil., Historikerin und Autorin,
hat Bücher und Aufsätze zur hamburgischen
Geschichte seit dem 19. Jahrhundert verfasst.
Sie lebt in Hamburg.